

Wirtschaftswissenschaften: zu wenig Pluralität der Methoden und Forschungsrichtungen?

Der sogenannten **Mainstream-Ökonomie** wird vorgeworfen, ihren Methoden liege ein zu einfaches Menschenbild zugrunde, sie sei geschichtsvergessen, und sie habe nicht rechtzeitig vor der Finanzkrise gewarnt. Wirtschaftswissenschaftler verschiedener Richtungen debattieren hier darüber, was **Pluralität** oder **Mainstream** bedeuten, ob der **Mainstream** die Lehre beherrscht und inwieweit **Pluralität** in der Forschung zugelassen wird. Nicht zuletzt wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen eine **Mainstream-Ökonomie** auf die Politikempfehlungen hat.

Johannes Becker

Das „richtige“ Maß an Pluralität und das Problem des fehlenden Adressaten

Kein Zweifel – eine plurale, multiperspektivische Ökonomik ist nicht nur bessere Wissenschaft, sie ist auch interessanter und attraktiver für die Besten eines Jahrgangs. Plurale Ökonomik interessiert sich nicht nur für den Einfluss monetärer Anreize auf die Entscheidungen von Haushalten und Unternehmen. Sie untersucht intrinsische Anreize wie Altruismus und Mitgefühl, den Einfluss von Narrativen und die Bedeutung von „social skills“ für die Karriere; sie interessiert sich ebenso für Geldpolitik wie für die Diskriminierung von Minderheiten am Arbeitsplatz, sie analysiert den Einfluss von Steuern auf das Arbeitsangebot und fragt sich, unter welchen Umständen Informationen die Menschen überzeugen; sie weist auf die Gefahr hin, dass Kunden manchmal zu naiv sind, um nicht ausgebeutet zu werden. Plurale Ökonomik beschäftigt sich mit Immobilienpreisen genauso wie mit der Rolle von Emotionen in der Politik; sie nutzt neoklassische, keynesianische und österreichische Ansätze.

Alle genannten Beispiele beziehen sich auf Forschungsarbeiten, die 2017 in vier der sogenannten Top-5-Journals (American Economic Review, Journal of Political Economy, Quarterly Journal of Economics, Review of Economic Studies)¹ veröffentlicht wurden – sie sind damit per definitionem Teil des „Mainstreams“. Fasst man den „Mainstream“ etwas breiter und definiert ihn als Forschung, die sich an den Qualitätsstandards der einschlägigen Fachzeitschriften (unter anderem den Top-5-Journals) orientiert, ist er sogar noch pluraler als die zitierten Beispiele suggerieren. Denn letztere unterliegen einem Selektionsbias: alle zugrundeliegenden Arbeiten haben den aufwändigen Selektions- und Begutachtungsprozess bereits erfolgreich durchlaufen. Die inhaltliche und methodische Pluralität wird regelmäßige Be-

sucher internationaler Fachkonferenzen nicht überraschen. Vor allem jüngere Wissenschaftler greifen jede neue Methode, jede neue Datenquelle begierig auf, in der Hoffnung, einen Teil der knappen Ressource Aufmerksamkeit zu ergattern.

Unter diesen Eindrücken heimkehrend von einer internationalen Fachtagung, wundert sich der Ökonom, dass es in Deutschland (und nicht nur dort) eine lebhaftere Debatte um die Pluralität in der Volkswirtschaftslehre gibt. Nach einer Weile erkennt er, dass sich die Kritik zwar auch auf die Forschung bezieht, die Kritiker aber in vielen Fällen über kaum oder keinerlei Erfahrungswerte dahingehend verfügen. So lässt sich dieser Teil fürs erste ignorieren; relevant könnte aber der Teil der Kritik sein, in dem die Kritiker Erfahrung als Studierende in Bachelor- oder Masterprogrammen der Volkswirtschaftslehre (VWL) haben: die Lehre an deutschen bzw. deutschsprachigen Fakultäten.

Lehre in Deutschland zu einseitig?

Ist die Lehre in Deutschland zu einseitig, zu wenig plural? Deutsche Absolventen bevölkern die britischen und amerikanischen Doktorandenprogramme an den besten Fakultäten der Welt und spielen das oben illustrierte plurale Forschungsspiel mühelos mit. Doch gelingt ihnen dies wegen oder trotz ihrer Ausbildung in Deutschland?

Ein cursorischer Blick auf die VWL-Studiengänge zeigt, dass sich die Lehrprogramme tatsächlich stark ähneln. Insbesondere wird das, was man einen methodischen Kanon nennen könnte, überall gelehrt: Optimierung in mikroökonomischen Modellen des Haushalts oder des Unternehmens, partielle und allgemeine Gleichgewichtstheorie, Spieltheorie, Solow-

¹ Die zugrundeliegenden Arbeiten werden am Ende des Textes zitiert.

Wachstumsmodell etc., dazu grundlegende statistische Methoden. Daneben gibt es freilich ausgeprägte standortspezifische Schwerpunktsetzungen, die entweder methodisch oder inhaltlich begründet sind.

Dieser Befund spiegelt wider, dass sich die Lehrenden bestimmten Trade-offs gegenübersehen. Zunächst herrscht der Anspruch, dass ein Masterstudium dazu befähigen soll, moderne Forschungsliteratur zu lesen und die Verwendung von State-of-the-Art-Methoden zu verstehen und zu interpretieren – und in einer sich anschließenden Promotion selbst mit der Forschung zu beginnen. Dazu bedarf es der intensiven Beschäftigung mit dem zurzeit gelehrten Kanon der VWL. Darüber hinaus gibt es bei vielen Studierenden den Wunsch, stärker auf die Berufsqualifikation derjenigen hinzuwirken, die nicht im wissenschaftlichen Betrieb verbleiben. Auch wünschen sich viele Studierende ergänzende Kurse in Informationstechnik (IT) oder Fremdsprachen – und all das in zwei Jahren.

Angesichts dieser vielfältigen und teils konträren Ansprüche wird klar, dass die Maxime „je pluraler, desto besser“ am Alltag der Lehre in Deutschland vorbeigeht. Pluralität der Lehre ist eine von vielen Anforderungen – es geht daher um ein optimales, „gutes“ Maß an Pluralität, das in der Abwägung mit anderen Anforderungen gefunden wird. Darüber, was „gut“ oder „angemessen“ ist, gibt es natürlich unterschiedliche Ansichten, die sich auch innerhalb der etablierten VWL stark unterscheiden. Befreit man sich von der herbeigeschriebenen Dichotomie zwischen einseitigem „Mainstream“ und pluralen Heterodoxen, wird deutlich, dass es ein Kontinuum von Vorstellungen darüber gibt, wie ein gutes Studium aussehen soll.

Diese Vorstellungen sind alles an Orientierung, was wir haben, denn es gibt kein objektiv „richtiges“ oder „gutes“ Maß an Pluralität. Ähnlich wie bei der Frage nach „guter“ Forschung oder „guter“ Lehre gibt es keine dem Wissenschaftler oder Lehrenden übergeordnete Instanz, die eine Antwort geben könnte. Forschung und Lehre sind durch die Verfassung dem politischen Einfluss entzogen, die Verantwortung liegt bei den Universitäten. Und auch hier wird nicht zentral entschieden, sondern auf der Ebene des einzelnen Fachbereichs. Etwaige externe Qualitätsprüfungen nehmen in Forschung und Lehre diejenigen vor, die ebenfalls in Forschung und Lehre tätig sind, die Peers.

Zwar ist es unmöglich, den Grad optimaler Pluralität objektiv zu bestimmen. Es lassen sich aber Voraussetzungen beschreiben, unter denen ein (für viele) befriedigendes Maß an Pluralität dezentral entstehen kann. Neben der verbrieften Freiheit in der Lehre ist eine Voraussetzung, dass es hinreichend große Diversität innerhalb der Professorenschaft gibt. Wenn brillante, unabhängig denkende Individuen aus allen Gruppen und Schichten der Gesellschaft die Lehrstüh-

le innehaben und jeweils selbst über ihr Lehrangebot entscheiden können, dann entsteht Pluralität in der Lehre als Folge der Pluralität der Individuen. Dies freilich kann wiederum nur von den Peers sichergestellt werden, was die Gefahr eines Zirkelschlusses impliziert: Die vorherrschenden Ansichten über „gute“ Pluralität replizieren sich über den Nachwuchs selbst. Allzu pessimistisch sollte man aber nicht sein. Die deutsche VWL wandelt sich stetig, sie wird nicht nur weiblicher und internationaler. Eine wesentliche Veränderung fand während der letzten zwei, drei Jahrzehnte statt und ihren Abschluss: in Richtung einer stärkeren Formalisierung und US-Orientierung. Dies ging – hier sei an den Kölner Methodenstreit² erinnert – teilweise nicht ohne Widerstände einher und ist gerade deshalb ein Ausweis der Wandlungsfähigkeit. Voraussetzung für den Wandel ist dabei, dass ein hinreichend großer Teil des Kollegiums von seiner Notwendigkeit überzeugt ist.

Der Blick in die USA lehrt zudem, dass scharfer Wettbewerb um die besten Studierenden den Druck sogar erhöhen kann, das Kollegium pluraler zu gestalten. Durchgängig machen Auswanderer oder Gastwissenschaftler in den USA die Erfahrung, dass die dortige Professorenschaft deutlich vielschichtiger ist, was ethnischen Hintergrund, Geschlecht und Milieu-Abstammung angeht. Unter Wettbewerbsdruck – der natürlich nicht nur durch Studiengebühren erzeugt werden kann – scheint jede Berufung, die vom Kriterium der Brillanz abweicht, bestraft zu werden.

Vor diesem Hintergrund ist es unbedingt begrüßenswert, dass die Kollegen in Siegen nun einen Studiengang „Plurale Ökonomik“ ins Leben gerufen haben. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, es bereichert auch das Lehrangebot in Deutschland und regt den Wettbewerb an. Ob die Vertreter des „Mainstreams“ das Lehrangebot gut oder schlecht finden, ist dafür völlig unerheblich.

Die Rolle des Netzwerks Plurale Ökonomik

Das Netzwerk Plurale Ökonomik könnte in dieser Situation einen produktiven Beitrag leisten, indem es eine Seite des Trade-offs, die Pluralität, als Anwalt vertritt. Indem es die Lehrenden herausfordert, stärkt es die Lehre – seine Rolle ähnelt also der des von Keanu Reeves gespielten Neo, dem der „Architekt“ der Matrix im zweiten Teil der gleichnamigen Trilogie erklärt, dass er programmiert wurde, um die Matrix herauszufordern und damit stärker zu machen.³ Das Netz-

2 Siehe dazu das Zeitgespräch „Braucht die Wirtschaft eine neue Ordnungspolitik?“, in: Wirtschaftsdienst, 89. Jg (2009), H. 7, S. 431-457, <https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/downloads/getfile.php?id=2199> (6.12.2017).

3 Unkundige der Popkultur können die entscheidende Szene hier anschauen: <https://www.youtube.com/watch?v=cHZI2naX1Xk> und <https://www.youtube.com/watch?v=LN8EE5JxSGQ> (beide 6.12.2017).

werk könnte für ein dezentral „programmiertes“ System der Lehre also eine Instanz ausgelagerter Selbstzweifel sein, die die Lehrenden zu ständiger Überprüfung zwingt, ob die eigenen Präferenzen richtig begründet sind, ob die Abwägung zwischen Tiefe und Breite in der Methodenwahl stimmt.

Aber diese Rolle erfüllt das Netzwerk denkbar schlecht – aus drei Gründen. Es hat mit einer Mischung aus Unkenntnis und Arroganz die Kommunikationsbereitschaft der etablierten VWL frustriert, es versteht sich zunehmend nicht nur als wissenschafts-, sondern auch als gesellschaftsverändernde Kraft, und es agiert immer mehr wie eine Partei, die Wahlkampf für einen niemals stattfindenden Urnengang treibt. Neo stellt damit für die Matrix keine Herausforderung mehr dar – und kann daher von ihr ignoriert werden.

Die anfängliche Bereitschaft zum Dialog in der etablierten VWL, etwa im Rahmen der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, schwindet. Ein wichtiger Grund ist, dass die Kritik an der Forschung in vielen Fällen auf Unwissenheit beruht und nicht selten so wirkt, als sei sie auf Basis einer absolvierten Bachelor-Vorlesung formuliert (wie ich an anderer Stelle⁴ ausführlicher dargestellt habe). Kürzlich schrieb ein Netzwerk-Mitglied in der Frankfurter Rundschau: „Konträr zu neoklassischen Denkansätzen erkennt die ökologische Ökonomik damit explizit an, dass wirtschaftliche Aktivität mit planetaren Grenzen konfrontiert ist.“⁵ Als wäre die Idee endlicher Ressourcen in der Umweltökonomik unbekannt! Selbst von denjenigen, die nicht gerade mit ihrem Studium beginnen, es also besser wissen können, werden systematisch Unwahrheiten verbreitet. Dies veranlasst Imran Rasul (London School of Economics) unter dem Eindruck eines Vortrags der Pluralo-Ikone Kate Raworth zu schreiben: „as a profession we need to engage with the public to combat straw-man critiques of economics and explain what economists really do“⁶. Dem ist uneingeschränkt beizupflichten. Die Frage ist allerdings, warum das Netzwerk so viel Energie investiert, der Öffentlichkeit ein Zerrbild unserer Profession zu verkaufen – und so womöglich junge Studienanfänger abzuschrecken.

Das Problem des fehlenden Adressaten

Zudem kehrt sich das Netzwerk zunehmend nach innen und versucht erst gar nicht, mit der etablierten VWL zu kommunizieren. Dies wird befeuert von einer medialen Begleitung,

4 J. Becker: Die Plurale Ökonomik setzt ihren Erfolg aufs Spiel, Makronom, 7.8.2017, <https://makronom.de/volkswirtschaftslehre-die-plurale-oekonomik-setzt-ihren-erfolg-aufs-spiel-22399> (6.12.2017).

5 L. Weinhold: Planetare Grenzen, in: Frankfurter Rundschau vom 14.11.2017, <http://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/umweltoekonomik-planetare-grenzen-a-1386924> (6.12.2017).

6 Imran Rasul auf Twitter: <https://twitter.com/ImranRasul3/status/934347438147735552> (6.12.2017).

Autorinnen und Autoren des Zeitgesprächs



Prof. Dr. Johannes Becker ist Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft I der Universität Münster.



Prof. Dr. Sebastian Dullien ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und Mitautor des multiparadigmatischen Lehrbuches „Macroeconomics in Context – A European Perspective“.



Prof. Dr. Rüdiger Bachmann ist Stepan Family Associate Professor am Department of Economics an der University of Notre Dame in den USA.



Prof. Dr. Silja Graupe ist Vizepräsidentin und kommissarische Präsidentin der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues und dort Professorin für Ökonomie und Philosophie.



Prof. Dr. Arne Heise lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und ist dort Direktor des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS).

die großen Gefallen an den mutigen jungen Menschen findet, die sich dem verknöcherten Establishment in der VWL entgegenstellen. Endlich wieder eine Studentenbewegung! Es herrscht reger Austausch im Netzwerk, selten aber mit substanzieller Beteiligung von „Mainstream“-Ökonomen. Diese Konferenzen enden häufig mit der Verabschiedung von Abschlusserklärungen oder Resolutionen, in denen eine pluralere Lehre und Forschung gefordert wird.

Doch an wen richten sich diese Appelle? In Duktus und Stoßrichtung klingen sie, als ob der Bundestag oder ein sonstiges politisches Organ per Erlass das Ende der Monotonie in der VWL und die Pluralisierung des Lehrangebots beschließen würde. Damit leiden die Pamphlete, Tweets und Aufrufe der Bewegung inhärent an einem „Problem des fehlenden Adressaten“. Denn es gibt kein zentrales Entscheidungsorgan, das die Pluralität der Lehre bestimmt und in dem das Netzwerk als Fraktion auftreten und Wahlkampf betreiben könnte. Die Entscheidungen fallen dezentral in den Universitäten und dort in den Kollegien und vielfach an individuellen Lehrstühlen. Pluraler kann die Lehre (und die Forschung) also nur werden, wenn individuelle Ökonomen davon überzeugt werden, ihre Lehr- und Forschungspläne zu verändern.

Vermengung von Wissenschaftskritik und politischer Agenda

Vermutlich weil den Mitgliedern des Netzwerks das Problem des fehlenden Adressaten bewusst ist, die Abwesenheit eines geeigneten Kontrahenten in diesem Wahlkampf ohne Wahl ein Gefühl des diffusen Mangels erzeugt, wird die Wissenschaftskritik zunehmend mit anderweitiger politischer Programmatik angereichert. Die Weltanschauung ragt mittlerweile in nicht zu übersehender Weise in die Vorstellung von „besserer“ Wissenschaft hinein. Veranstaltungen der Pluralen dienen als Forum für Aktivisten wie Christian Felber („Gemeinwohlökonomie“). Die bereits erwähnte „Heroin“ der Bewegung, Kate Raworth, fordert von Ökonomen, die Wirtschaft zu verändern: „make it regenerative and distributive by design“⁷. Das Netzwerk Plurale Ökonomik war Mitorganisator der Tagung „Wirtschaftswissenschaften und sozial-ökologische Transformation“. Ein kürzlich erschiener Beitrag eines Netzwerk-Mitglieds fordert, die Bewegung solle sich Pluralismus von rechts entgegenstellen und „Vielfalt in der Bildung und ein progressives gesellschaftliches Projekt miteinander verknüpfen“⁸.

7 K. Raworth: Old economics is based on false „laws of physics“ – new economics can save us, in: Guardian vom 6.4.2017.

8 S. Decker: Warum jetzt die Stunde der Pluralen Ökonomie schlägt, in: Der Standard vom 24.11.2017.

Dass es auch in der etablierten VWL nicht immer gelingt, Forschung und Politik sauber zu trennen, dass mancher Kollege seine Meinung im öffentlichen Diskurs als wissenschaftliche Erkenntnis verbrämt – geschenkt. Doch wird dies von vielen in der Profession als Problem gesehen und gibt jedenfalls keinen Anlass, einen Ansatz zu fördern, der von vornherein die Wissenschaft als intellektuellen Arm einer politischen Reformbewegung sieht.⁹

Fazit

In einem Interview mit Deutschlandfunk zeigt sich Nils Goldschmidt (Universität Siegen) zuversichtlich, dass die Absolventen des neuen Siegener Masterstudiengangs Plurale Ökonomik „die besseren Ökonomen“ sein werden.¹⁰ Sollte sich dies bewahrheiten, wäre es ein Glücksfall für Deutschland und die VWL. Da die Wahrheit aber nicht mehr als die vielen subjektiven Ansichten der Community ist, wird es nicht genügen, dass nur die Siegener Absolventen selbst von ihrer Überlegenheit überzeugt sind. Ob die Siegener Abwägung zwischen Breite und Tiefe die bessere Forschung hervorbringt oder bloß zur Grabpflege im Mausoleum vergessener Denktraditionen qualifiziert, wird sich nie objektiv klären lassen. Es wird auch hier darauf ankommen, dass die Absolventen und ihre Arbeit die etablierten Ökonomen, zumindest aber den wissenschaftlichen Nachwuchs, überzeugen. Dass dies möglich ist, bezeugt die oben illustrierte Pluralität in der aktuellen Forschung.¹¹

9 Hier kommt erfahrungsgemäß der Einwand, dass die Wahl der Methode das Denken auf eine Weise formt, die apolitische Wissenschaft unmöglich und werturteilsfreie Analyse illusorisch macht. Doch trotz dieser intellektuellen Selbstverklavung decken „Mainstream“-Ökonomen zu allen wichtigen Fragen stets die ganze politische Bandbreite von ganz links bis ganz liberal-konservativ ab.

10 C. Dohmen: Zehn Jahre nach der Finanzkrise. Wirtschaftswissenschaften reagieren träge, Deutschlandfunk online, 10.11.2017, http://www.deutschlandfunk.de/zehn-jahre-nach-der-finanzkrise-wirtschaftswissenschaften.724.de.html?dram:article_id=400373 (6.12.2017).

11 In der Reihenfolge ihrer Erwähnung: J. Andreoni, J. M. Rao, H. Trachtman: Avoiding the Ask: A Field Experiment on Altruism, Empathy, and Charitable Giving, in: Journal of Political Economy, 125. Jg. (2017), H. 3, S. 625-653; M. Ottoni-Wilhelm, L. Vesterlund, H. Xie: Why Do People Give? Testing Pure and Impure Altruism, in: American Economic Review, 107. Jg. (2017), H. 11, S. 3617-3633; R. J. Shiller: Narrative Economics, in: American Economic Review, 197. Jg. (2017), H. 4, S. 967-1004; D. J. Deming: The Growing Importance of Social Skills in the Labor Market, in: Quarterly Journal of Economics, 132. Jg. (2017), H. 4, S. 1593-1640; D. Glover, A. Pallais, W. Pariente: Discrimination as a Self-Fulfilling Prophecy: Evidence from French Grocery Stores, in: Quarterly Journal of Economics, 132. Jg. (2017), H. 3, S. 1219-1260; M. Gentzkow, E. Kamenica: Competition in Persuasion, in: Review of Economic Studies, 84. Jg. (2017), H. 1, S. 300-322; P. Heidhues, B. Köszegi: Naïveté-Based Discrimination, in: Quarterly Journal of Economics, 132. Jg. (2017), H. 2, S. 1019-1054; F. Passarelli, G. Tabellini: Emotions and Political Unrest, in: Journal of Political Economy, 125. Jg. (2017), H. 3, S. 903-946; P. Beaudry, D. Galizia, F. Portier: Reconciling Hayek's and Keynes' Views of Recessions, in: Review of Economic Studies (im Erscheinen).

Sebastian Dullien

Lippenbekenntnisse sind nicht genug

Wie in vielen anderen Ländern wurden nach dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2009 auch in Deutschland Forderungen von Studierendengruppen nach einer Reform der VWL-Ausbildung laut. Die Studierenden kritisierten damals, dass aus ihrer Sicht das VWL-Studium zu einseitig eine Theorie lehre, in die rationale Erwartungen und effiziente (Finanz-)Märkte als Kernannahmen einfließen und die deshalb weder die Finanzkrise prognostiziert hätte noch befriedigende Handlungsoptionen anböte. Eine Besserung versprachen sich die Studierenden durch mehr Raum für alternative Ansätze, aber auch für grundsätzliche Überlegungen zur Historie, Methodik und Grenzen der eigenen Wissenschaft.

Spricht man heute mit Vertretern der Profession auf der einen Seite und den Studierendenvertretern aus dem Spektrum der „pluralen Ökonomie“ auf der anderen Seite, so wird schnell klar: Der Dissens über die richtigen Inhalte des VWL-Studiums ist immer noch nicht beigelegt.

Gibt es Fortschritte?

Monika Schnitzer, die frühere Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik, etwa wurde in den vergangenen Jahren nicht müde zu betonen, dass sie keinen weiteren Reformbedarf der Lehrinhalte und Strukturen des deutschen VWL-Studiums sehe. Wer der VWL mangelnde Pluralität vorwerfe, habe „sich schon lange nicht mehr mit dem Fach beschäftigt“¹. Dabei führte sie wiederholt auf, wie breit die Verhaltensökonomie inzwischen in der Ökonomie Fuß gefasst hätte. Was heute nicht im Curriculum stehe, sei für Studenten auch nicht wichtig. Für eine noch breitere Herangehensweise sei in dem engen Zeitkorsett eines Bachelor-Studiengangs keine Zeit. „Wenn Sie einen Medizinstudenten ausbilden, dann lehren Sie auch nur die neuesten Methoden, so dass er später einen Bypass legen kann“², begründet Schnitzer die Selektion der Lehrinhalte.

Die Argumente des Münsteraner Volkswirts Johannes Becker in seiner Kritik an der pluralen Studierendenbewegung gehen in eine ähnliche Richtung. Auch Becker unterstreicht, wie viel Pluralität heute im Mainstream herrsche. Laut Becker stellt der heutige deutsche Ökonomen-Mainstream – zu dem er sich selber zählt – „ständig die eigene Arbeit

in Frage“³ und auf Konferenzen herrsche „eine aufgeregte Neugier auf alles methodisch und inhaltlich Neue vor“⁴. Außerdem sei er – wie viele seiner Kollegen – offen für Gesprächs- und Kooperationsanfragen der pluralen Studierendengruppen, etwa, wenn es darum gehe, gemeinsam Seminare zu alternativen Erklärungen der Finanzkrise, einschließlich marxistischer Ansätze, zu organisieren. Die Studierenden sollten deshalb ihre Fundamentalkritik einstellen und lieber den konstruktiven Dialog mit den Lehrstuhlinhabern suchen.⁵

Die Vertreter der Studierendeninitiative „plurale Ökonomie“ sehen diese vermeintlichen Fortschritte skeptischer. Birte Strunk (in Koautorenschaft mit ungenannten anderen Aktivisten) stellt Johannes Beckers Offenheit für die Vorschläge der pluralen Studierendenbewegungen als Ausnahme unter deutschen Professoren dar und beklagt, dass Wissenschaftstheorie und Dogmengeschichte „Add-ons in der Freizeit“⁶ seien, aber in einer echten Reform Teile des regulären Curriculums werden müssten. Kurz: Die bisherigen Veränderungen im Fach greifen aus Strunks Sicht viel zu kurz.

Wer hat Recht?

Wer aber hat Recht? Gibt es heute ausreichend Pluralität an den deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und in der Volkswirtschaftslehre? Um diese Frage sinnvoll zu beantworten, muss man sich erst einmal überlegen, warum man Pluralität in die Lehre einbauen sollte. Eine Antwort auf diese Frage steht in direktem Zusammenhang mit der Frage, welche Lernziele bzw. welcher Kompetenzerwerb eigentlich mit einem Studium der Volkswirtschaftslehre erreicht werden soll.

Eine denkbare Antwort auf diese Frage ist, dass es im Studium der Volkswirtschaftslehre darum geht, neue Volkswirte auszubilden, die später möglichst einfach einen Lehrstuhl an einer Universität in Deutschland bekommen. Wenn dies das primäre Ziel eines VWL-Studiums ist, dann ist in der Tat fraglich, ob man noch mehr Pluralismus braucht als heute schon in der Ausbildung verankert ist. Angesichts des Gewichts, das die Handelsblatt-Liste heute in vielen Berufungsverfahren spielt, kommt es möglicherweise für eine

1 Vgl. P. Plickert: „Es geht darum, dass es den Menschen besser geht“ - Interview mit Monika Schnitzer, Fazit-Blog, 8.9.2015, <http://blogs.faz.net/fazit/2015/09/08/interview-mit-monika-schnitzer-6479/> (20.4.2016).

2 Vgl. ebenda.

3 Vgl. J. Becker: Die Plurale Ökonomik setzt ihren Erfolg aufs Spiel, Makronom, 7.8.2017, <https://makronom.de/volkswirtschaftslehre-die-plurale-oekonomik-setzt-ihren-erfolg-aufs-spiel-22399> (23.11.2017).

4 Vgl. ebenda.

5 Vgl. ebenda.

6 Vgl. B. Strunk: Plurale Ökonomik ist sowohl Kritik als auch gelebte Praxis, Makronom, 7.9.2017, <https://makronom.de/plurale-oekonomik-ist-sowohl-kritik-als-auch-gelebte-praxis-22550> (23.11.2017).

akademische Karriere in der VWL in erster Linie darauf an, möglichst eloquent mit den aktuellen Modellen der Profession zu hantieren, diese in origineller Weise auf einen neuen Datensatz anzuwenden oder irgendwo in origineller Art und Weise ein kleines Zusatzelement in ein anerkanntes Modell einzubauen, um einen möglichst hohen Punktwert für die Summe der Publikationen zu sammeln.

Für diese Aufgaben mag es dann auch wichtiger sein, schon im Bachelor möglichst tief in die neoklassische Theorie einzusteigen und die x-te Iteration einer Modellklasse durchzuspielen (wie es leider oft in vielen Universitätsseminaren immer noch getan wird), als sich mit nicht dem Mainstream zugehörigen Theorieansätzen zu beschäftigen, die in den auf der Handelsblatt-Liste hoch gerankten Fachzeitschriften nicht diskutiert werden. Für diese Zielsetzung ist eine gewisse Befruchtung der VWL mit Ansätzen etwa der Psychologie, wie sie in der Verhaltensökonomie praktiziert wird, hilfreich, (viel) mehr wird aber auch nicht gebraucht.

Allerdings wird nur eine Minderheit der VWL-Studierenden später dauerhaft an den Universitäten arbeiten können – oder wollen.⁷ Ein wesentlich größerer Teil der heutigen VWL-Studierenden (und ein noch größerer Anteil der BWL-Studierenden, die ja vielerorts ebenfalls die Grundkurse der VWL absolvieren müssen) werden später in Unternehmen, Verbänden, Ministerien, Banken, Notenbanken, Behörden oder internationalen Organisationen arbeiten. Diese Studierenden werden für ihre künftige Arbeit andere Fähigkeiten brauchen. Hier ist die volkswirtschaftliche Analyse komplexer, neuer Probleme und Fragestellungen im real existierenden Institutionenumfeld gefragt, oder kurz das kritische Denken in volkswirtschaftlichen Zusammenhängen. Stärker als die eigene Publikationsleistung in akademischen Fachzeitschriften ist für diese Gruppe entscheidend, zu erkennen, welche Modelle auf welche Fragestellungen anzuwenden sind, welche Forschung für die aktuelle Fragestellung relevant – oder auch wegen möglicherweise zu restriktiver oder das Ergebnis vorwegnehmender Annahmen – unsinnig und besser zu vernachlässigen ist. Zudem ist für diese Aufgaben wichtig, die Grenzen des eigenen Wissens und der Erkenntnisse der herrschenden volkswirtschaftlichen Theorien richtig einzuschätzen, um im Zweifelsfall auch klar sagen zu können, über welche Fragen man keine gesicherte Aussage treffen kann.

Konfrontation der Paradigmen wichtig

Zur Vorbereitung auf diese Tätigkeiten ist Methoden-, Modell-, Theorien- und Paradigmenvielfalt einschließlich einer

soliden Ausbildung in Ideengeschichte zentral. Nur wer verstanden hat, dass die moderne Ökonomie wesentlich weniger exakt ist als die Physik und etwa das Say'sche Gesetz (nach dem sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft) etwas fundamental anderes ist als die Hauptsätze der Thermodynamik, kann sinnvolle Handlungsempfehlungen für die Wirtschaftspolitik geben. Am besten lernen die Studierenden diese Begrenzungen moderner Ökonomie, wenn sie in ihrem Studium den unterschiedlichen Paradigmen und Theorierichtungen ausgesetzt sind. Auch ist es für die Bewertung wirtschaftspolitischer Empfehlungen der jeweils gängigen Mainstream-Modelle extrem hilfreich, zu verstehen, dass es durchaus Alternativen gibt, bei denen sich durch eine andere Herangehensweise zum Teil fundamental andere Ergebnisse einstellen.

Nun könnte man (wie es einige tun) argumentieren, dass diese kritische Auseinandersetzung auch darüber stattfinden kann, dass ein Professor oder eine Professorin neoklassischer Mikroökonomie zum einen die Annahmen der eigenen Modelle kritisch diskutiert, zum anderen vielleicht einmal einen Lektürekurs alternativer Theorien anbietet. Dieser Ansatz übersieht, dass der Professor oder die Professorin der neoklassischen Mikroökonomie bei Lektürekursen etwa marxistischer Ansätze kaum ein besonders tiefes Analyse- oder Vermittlungsniveau erreichen werden. Theoriegebäude wie der Marxismus, die feministische Ökonomie oder der Post-Keynesianismus sind – wie ja auch die moderne Neoklassik – komplexe Denkschulen mit langer Geschichte und Tausenden von Beiträgen, in die man sich kaum nebenbei einmal einlesen kann. Genauso wenig, wie ein im Marxismus ausgebildeter Ökonom der ideale Kandidat ist, moderne neoklassische Mikroökonomie zu unterrichten, ist ein neoklassischer Mikroökonom eine ideale Besetzung, Marxismus zu lehren.

Um also wirklich die Begrenzungen und Schwächen der Modelle zu verstehen, sollten die Studierenden möglichst alternative Theorien auch von deren Vertretern unterrichtet bekommen. Es sind nämlich gerade die Vertreter alternativer Paradigmen, die am ehesten in der Lage sind, die Annahmen und Methoden der gängigen (Mainstream-)Theorie fundamental zu kritisieren. Und wenn an einem Fachbereich Vertreter verschiedener Theorierichtungen und Paradigmen die gleichen Studierenden unterrichten, wird über kritische Fragen der Studierenden auch wahrscheinlicher, dass jede einzelne Theorierichtung sich Mühe gibt, tatsächlich auf die Schlussfolgerungen und Aussagen der anderen Paradigmen einzugehen.

Ein solcher, mit unterschiedlichen Paradigmen aufgestellter Fachbereich ist dabei keine theoretische Schönwetter-Utopie. In den späten 1990er Jahren gab es an der Freien Universität Berlin eine solche Konstellation: Dort unter-

⁷ Vgl. hierzu auch T. Herbst: Zwischen den Fronten der Pluralismus-Debatte, Makronom, 2.11.2017, <https://makronom.de/volkswirtschaftslehre-zwischen-den-fronten-der-pluralismus-debatte-23841> (23.11.2017).

richteten Neoklassiker wie Kai Konrad neben einem (Post-) Keynesianer (Hajo Riese) und einem Marxisten (Klaus Peter Kisker). Zumindest wer wollte, konnte sich sein Studium so zusammenstellen, dass er die unterschiedlichen Paradigmen von den jeweiligen Vertretern unterrichtet bekam. Viele der damaligen Studierenden dort haben diese Konstellation als intellektuell sehr stimulierend in Erinnerung.

Heute gibt es solche Konstellationen in Deutschland praktisch nicht mehr. Laut einer aktuellen Bestandsaufnahme deutscher Professoren sowie VWL-Fakultäten durch Christian Grimm, Jakob Kapeller und Stephan Pühringer waren rund 3% als „heterodox“ einzustufen und etwa 5% als „pluraler Mainstream“, in dem Sinne, dass diese sowohl in heterodoxen Zeitschriften als auch in Mainstream-Zeitschriften publiziert haben. Diese als „heterodox“ oder „plural“ eingestuftes Lehrstuhlinhaber konzentrierten sich zudem auf einige kleinere Standorte, während von den regulären 94 Professuren an den größten VWL-Fakultäten Bonn, Frankfurt, München und Mannheim kein einziger der Heterodoxie oder dem pluralen Mainstream zugeordnet wurde.⁸

Die sich langsam in einigen Orten entwickelnden, tendenziell heterodoxen Studienprogramme wie der neue Master „Plurale Ökonomik“ in Siegen oder die Bachelor- und Master-Studiengänge „Ökonomie“ der Cusanus Hochschule sind zu begrüßen, aber eher zweitbeste Lösungen, weil sie zwar Studierenden eine Alternative zum Mainstream-Studium bieten, wie es an den meisten Universitäten angeboten wird, aber gerade die interne Konfrontation der Paradigmen nicht in jenem Maße stattfindet, wie es an einem großen Fachbereich mit Vertretern verschiedener Paradigmen möglich wäre.

Hat sich die Volkswirtschaftslehre geöffnet?

Was ist aber mit dem Argument, dass sich die Volkswirtschaftslehre im vergangenen Jahrzehnt schon enorm verändert habe und sich alternativen Ansätzen geöffnet hätte? Monika Schnitzer unterstreicht, dass die Mikroökonomie vielerorts Argumente der Verhaltensökonomie aufgegriffen hat, und dass heute in Deutschland sogar eine ganze Reihe von Lehrstühlen mit Verhaltensökonomien besetzt ist.⁹

Die Veränderungen der vergangenen beiden Jahrzehnte sind nicht von der Hand zu weisen. Die VWL heute ist wesentlich offener und vielfältiger als sie es noch vor zehn Jahren war. Die Einflüsse der Psychologie und der Verhal-

8 Vgl. C. Grimm, J. Kapeller, S. Pühringer: Zum Profil der deutschsprachigen Volkswirtschaftslehre. Paradigmatische Ausrichtung und politische Orientierung deutschsprachiger Ökonom_innen, ICAE Working Paper Series, Nr. 70, Linz 2017.

9 Vgl. P. Plickert, a.a.O.

tensökonomie haben die Mikroökonomie und viele daran anschließende Teilbereiche bunter, vielfältiger und realitätsnäher gemacht. So erklärt sich auch, dass in der Aufstellung von Christian Grimm und seinen Kollegen immerhin 17% der Professoren an „Colander’s Edge“¹⁰ zugeordnet werden, also jener Gruppe von Ökonomen, die zwar dem neoklassischen Mainstream zuzuordnen sind, sich aber kritisch mit einigen Elementen des axiomatischen Kerns auseinandersetzen.¹¹

Trotzdem greift das Argument zu kurz: In der Mikroökonomie sind Verbindungen mit anderen Sozialwissenschaften wie etwa der Soziologie immer noch unterentwickelt, auch wenn die Verhaltensökonomie die Brücke zur Psychologie erfolgreich geschlagen hat. Zudem gilt das Argument der Öffnung für einen Bereich kaum: für die Makroökonomie. In diesem Teilbereich gilt immer noch die Vorherrschaft der sogenannten DSGE-Modelle (für Dynamic Stochastic General Equilibrium), und die überwältigende Mehrzahl der Makroökonomien hält es trotz wachsender Kritik immer noch mit der von Varadarajan Chari prominent formulierten Maxime: „Wenn man ein interessantes und kohärentes Argument hat, kann man es in einem DSGE-Modell darstellen. Wenn man das nicht kann, ist das Argument nicht kohärent.“¹² Methodenvielfalt sieht anders aus.

Die Verteidiger des Status quo mögen an dieser Stelle anmerken, dass es auch in der Makroökonomie ausreichend Pluralität innerhalb des Mainstreams gebe. Gerne wird dann argumentiert, dass heute Varianten der DSGE-Modelle existieren, die Erklärungen für Liquiditätskrisen anbieten, wie jene, die im Herbst 2008 der Weltwirtschaft zu schaffen machte, und moderne DSGE-Modelle seien heute sogar in der Lage, die negativen Effekte von Austerität in etwa so abzubilden, wie Europa sie in der Eurokrise erlebte.

Prognosefähigkeit der Modelle

Diese Aussagen sind prinzipiell richtig. Allerdings vernachlässigen sie, dass diese Veränderungen nur mit einiger Verzögerung in die gemeinhin benutzten Mainstream-Modelle aufgenommen worden sind. Wie auch von Zentralbankern und Entscheidungsträgern nach der Finanzkrise frustriert konstatiert, waren die 2008 in der akademischen Welt be-

10 Der Begriff „Colander’s Edge“ wurde von Marc Lavoie in Bezug auf David Colanders Klassifizierung von Ökonomen innerhalb des Mainstreams geprägt. Vgl. M. Lavoie: Perspectives for Post-Keynesian Economics, in: Review of Political Economy, 24. Jg. (2012), H. 2, S. 321-335; und D. Colander, R. Holt, B. Rosser: The changing face of mainstream economics, in: Review of Political Economy, 16. Jg. (2004), H. 4, S. 485-499.

11 Vgl. C. Grimm, J. Kapeller, S. Pühringer, a.a.O.

12 Vgl. V. V. Chari: Testimony before the Committee on Science and Technology, Subcommittee on Investigations and Oversight, U.S. House of Representatives, 20.7.2010.

nutzten DSGE-Modelle nicht in der Lage, den Notenbanken sinnvolle Politikempfehlungen in der Krise zu geben. Noch 2009 lautete eine gängige Empfehlung aus den DSGE-Modellen, dass auch kräftige Austerität kaum negative Folgen für Output und Arbeitslosigkeit haben sollte¹³ – was zumindest zum Teil Basis der Politikempfehlungen für rabiante Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen in der Eurokrise war. Trotz aller Fortschritte gibt es weiter enorme Lücken in den Modellen: Eine wirklich überzeugende Modellierung von Vermögenspreisblasen in DSGE-Modellen steht immer noch aus.

Für eine rein akademische Wissenschaft, die Ästhetik und Reinheit der eigenen Modelle ins Zentrum stellt, ist es möglicherweise zweitrangig, ob bestimmte Erkenntnisse zehn Jahre früher oder später Eingang in die Theorien finden. Für die Gesellschaft als Ganzes sieht das anders aus: Die Fehler bei der Deregulierung der Finanzmärkte oder bei der Umsetzung der Austerität in der Eurokrise haben Hunderte von Milliarden Euro Wirtschaftsleistung vernichtet und Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrückt. Volkswirte, die in einem Studium – zusätzlich zur Ausbildung in neuklassischen DSGE-Modellen – ein Seminar zur Marx'schen Krisentheorie oder zu (post-)keynesianischen Modellen über die Wirkung von Fiskalpolitik und den endogenen Kreditzyklus in der Tradition Hyman Minskys belegt hätten, wären im Zweifel etwas vorsichtiger bei der Empfehlung und Umsetzung sowohl kräftiger Deregulierungen an den Finanzmärkten als auch rabiater Austeritätsprogramme gewesen.

An diesen Beispielen zeigt sich auch, wie stark das Argument hinkt, man solle die gängigen Lehrinhalte nicht kritisieren, weil sich ja auch niemand anmaße, gängige Methoden der theoretischen Physik zu kritisieren, wie es Isabel Schnabel, Mitglied des Sachverständigenrates für Wirtschaft, vorbringt:¹⁴ Die derzeit gelehrt theoretische Physik hat für praktisch alle Alltagsphänomene eine hervorragende Prognosefähigkeit; die vorherrschende Makroökonomie hat dies eindeutig nicht.¹⁵

13 Vgl. exemplarisch T. Cwik, V. Wieland: Keynesian government spending multipliers and spillovers in the euro area, in: Economic Policy, 26. Jg. (2011), H. 67, S. 493-549.

14 Vgl. K. Schmiedekampf: Ökonomie ist keine Physik!, in: Zeit vom 11.5.2017, Nr. 20/2017, S. 69.

15 Dieses Argument wird auch nicht dadurch entkräftet, dass Vertreter des neuklassischen und neuklassischen Paradigmas darauf verweisen, bestimmte makroökonomische Phänomene seien nicht vorhersagbar und die Prognosefähigkeit eines Modells deshalb kein Gütekriterium. Da diese Schlussfolgerung aus den Annahmen des entsprechenden Paradigmas hergeleitet wird, ist sie im Grunde nichts anderes als die Isolierung des eigenen Paradigmas gegen empirische Falsifizierung und muss im Sinne von Imre Lakatos als Indiz eines degenerierenden Forschungsprogramms gesehen werden.

Volkswirte, die als Entscheidungsträger fungieren sollen, müssen Probleme der Zukunft analysieren, nicht nur Phänomene der Vergangenheit erklären können. Es ist nicht nur wichtig, wie Monika Schnitzer sagt, nicht „den gleichen Fehler zweimal zu machen“,¹⁶ sondern auch, große und kostspielige Fehler beim ersten Mal zu vermeiden. Dass dies gelingt, scheint nach der Erfahrung der Mainstream-Modelle mit Finanzkrise und Eurokrise bei pluralistisch ausgebildeten Volkswirten wesentlich wahrscheinlicher als bei jenen, die nur in einer Theorierichtung möglichst intensiv trainiert wurden.

An dieser Stelle verliert auch das Argument an Bedeutung, dass in einem Bachelor-Studium für eine tiefere Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Paradigmen kein Platz sei, weil erst einmal die „methodische Basis zu schaffen“ sei, wie der aktuelle Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik Achim Wambach in der „Zeit“ zitiert wird.¹⁷ Wenn, wie oben beschrieben, kritisches Denken und Problemlösungskompetenz die zentralen Ziele der volkswirtschaftlichen Ausbildung an Universitäten sind, dann muss natürlich eine Grundlage des Fachs vermittelt werden, es ist aber mitnichten klar, dass dies auf Kosten des Verständnisses der Grenzen des Fachs gehen sollte.

Noch ein weiter Weg

Wenn also dieses kritische Denken und die Problemlösungskompetenzen für ein VWL-Studium im Vordergrund stehen sollen, wird klar, dass die deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten noch einiges zu tun haben, bis ein ausreichendes Maß an Pluralität erreicht ist. Hier müssten nicht nur Curricula weiter reformiert, erweitert und umgestaltet, sondern auch Personal eingestellt werden, das eine genuine Forschungs- und Lehrkompetenz in den entsprechenden Paradigmen und Inhalten hat.

Geht es dagegen in erster Linie um die Reproduktion des eigenen Faches, dann ist weitere Pluralität nicht notwendig. Allerdings sollten sich dann die Volkswirte auch nicht wundern, wenn einmal Bildungs- und Wissenschaftspolitiker fragen, ob unser Land wirklich mehr als 500 VWL-Professoren und rund 100 VWL-Studiengänge an den Universitäten des Landes braucht.

16 Vgl. P. Plickert, a.a.O.

17 Vgl. ebenda. Fairerweise muss aber angemerkt werden, dass aus dem Zitat und dem Kontext nicht ganz klar hervorgeht, inwieweit Wambach mehr Pluralität unterstützen würde. Genau gelesen bezieht sich das Zitat nur auf eine Ablehnung, „sämtliche Theorien in das Bachelorstudium aufzunehmen“.

Rüdiger Bachmann

Zur aktuellen Pluralismusdebatte in der Ökonomik: Ansichten eines wohlwollenden Pluralismuskritikers

Eine Frage dieses Zeitgesprächs ist es, ob es in der Ökonomik zu wenig Pluralismus gebe bzw. ob es dort mehr Pluralismus brauche. Auf den ersten Blick erscheint die Forderung nach mehr Pluralismus genauso wie die nach dem Weltfrieden. Wie könnte je jemand dagegen sein?

Was ist der akademische Mainstream?

Auf den zweiten Blick geht es natürlich darum, dass der aktuelle akademische Mainstream der Ökonomik sich einerseits mit der pauschalen Kritik, er sei nicht plural (genug), andererseits mit einer Reihe spezifischer Vorwürfe konfrontiert sieht, die aber oft unter dem Schirm „mangelnder Pluralismus“ vorgetragen werden. Diesen akademischen Mainstream zu definieren ist schwierig, wahrscheinlich unmöglich und wenn überhaupt nur unvollständig und enumerativ leistbar, und zwar schon aus dem simplen Grund, dass er sich über die Zeit verändert: von der hochformalen axiomatischen Entscheidungstheorie, der Spieltheorie, inklusive ihrer evolutionären Variante, der angewandten Theorie in der Finanzwissenschaft, der Arbeitsmarktökonomik, der Industrieökonomik, der politischen Ökonomik, im Außenwirtschaftsbereich, und der Makroökonomik, den vielfältigen ökonometrischen Verfahren in der Zeitreihe, dem Querschnitt und dem Panel, sowie den neueren Verfahren der Kausalanalyse, der Programmevaluation und der natürlichen Experimente, bis hin zur Verhaltens-, Experimental- und Neuroökonomik, und allen neuen Datenerhebungsmethoden von administrativen Mikrodaten bis hin zu wirtschaftsgeschichtlichen Archivdaten, Surveydaten, Daten aus den sozialen Medien und computerlinguistischen Analysen – all das gehört wohl zum gegenwärtigen akademischen Mainstream der Ökonomik. Jedenfalls ließen sich für jeden der genannten Bereiche leicht mehrere Ökonomen mit der Selbstzuschreibung Mainstream finden. Schon aufgrund der schieren Länge dieser Liste und ihrer dynamischen Veränderung über die Zeit – die ökonometrische Kausalanalyse etwa war nicht immer darauf – lässt sich also ein großes Fragezeichen hinter die Darstellung der Ökonomik als ein monolithisches und starr-statisches Gebilde setzen.

Methodischen Monismus kann man der Ökonomik mithin wohl nicht vorwerfen, und das schließt den oft gehörten Vorwurf von zu viel Mathematik ein, wie die obige Liste zeigt. Es stimmt schon, dass die moderne Ökonomik formale oder quantitative Verfahren in den Vordergrund stellt und rein verbales, qualitatives Arbeiten nicht (mehr) eine so große Rolle

spielt; Mischmethoden wie etwa narrative Evidenz, die dann in statistischen Verfahren weiterverwendet wird, dagegen schon. Aber ich kann auch keine prinzipielle Ablehnung qualitativen Arbeitens erkennen. Niemand anders als der Nobelpreisträger Robert Shiller hat sie ja prominent gefordert.¹ Ebenso wenig kann ich eine prinzipielle Ablehnung von Interdisziplinarität seitens der Ökonomik erkennen, wie auch die obige Liste zeigt, wo deutlich die Einflüsse von Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft zu sehen sind. Und vielleicht stehen wir ja auch vor einem verstärkten Einfluss der digitalen Geisteswissenschaften, etwa der Computerlinguistik, bei der Auswertung von Daten der sozialen Medien. Dennoch ist klar: Interdisziplinarität muss schon vom Wortsinne her auf starke Disziplinarität und starkes disziplinäres Selbstbewusstsein aufbauen, wenn sie nicht zum leeren Modewort und reiner Antragsprosa verkümmern will. Bei letzterem werden Ökonomen gerade wegen ihres starken disziplinären Selbstbewusstseins zurecht nicht mitmachen.

Paradigmatischer Monismus?

Ein weiterer Vorwurf der Ökonomikkritik ist paradigmatischer Monismus.² Also etwa: Homo oeconomicus, das Paradigma der Dynamischen Stochastischen Allgemeinen Gleichgewichtsmodelle (im Englischen abgekürzt DSGE), das Fehlen von Verteilungsfragen und das Insistieren auf repräsentativen Agenten, Fehlen von Krisenphänomenen, um nur einige typische Beispiele der Kritik aufzunehmen.

Der Homo oeconomicus ist ein paradigmatisches Element der modernen Ökonomik, keine Frage, aber nicht nur durch die Verhaltensökonomik, sondern auch durch das Wichtigerwerden statistisch-empirischer Verfahren, Surveymethoden und durch die Informationsökonomik ist der Homo oeconomicus sowohl ontologisch und schon gar normativ verkümmert und im Grunde zu einem reinen Formalismus ausgedünnt: Menschen optimieren etwas, aber die Musik spielt in den Nebenbedingungen und den Informationen, über die sie verfügen. Und dieser Formalismus spielt noch nicht einmal überall im Mainstream überhaupt eine Rolle. Vor diesem Hintergrund wundere ich mich manchmal, dass so ein kleiner Kerl noch irgendjemanden auf die Palme bringt.

1 R. Shiller: „Narrative Economics“, Cowles Foundation, Discussion Paper, Nr. 2069, 2017.

2 Vgl. A. Heise: Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften – Klärungen eines umstrittenen Konzepts, IMK Studies, Nr. 47-2016.

gen kann. Nebenbei bemerkt: Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass viele Kritiker des Homo oeconomicus oft sehr laut nach mehr Geld für ihre Art der Ökonomik rufen.

In Bezug auf DSGE muss man zwischen zwei Interpretationen des Begriffes unterscheiden. Einerseits gibt es konkrete Modelle, die so heißen³ und die durchaus für einzelne Modellbausteine auch im Mainstream selbst kritisiert werden. DSGE kann aber auch eine bestimmte modulare Modellierungsphilosophie in der Makroökonomik bedeuten,⁴ die ich nicht für überholt halte, gerade wegen ihrer großen Flexibilität:

- Dynamisch – die Anerkennung, dass Wirtschaften in der Zeit und auf die Zukunft gerichtet stattfindet, und deshalb Erwartungen zentral sind. Will man wirklich rein statische Modelle als Hauptparadigma?
- Stochastisch – Zukunft ist unsicher, zumindest risikobehaftet, auch dahinter wird man nicht ernsthaft zurückgehen wollen. Die andere, engere Frage ist, ob künftig mehr echte Unsicherheit im Sinne von Frank Knight in der Makroökonomik eine Rolle spielen wird. Ich vermute ja.
- Allgemeines Gleichgewicht – der Punkt mit dem wohl größten Empörungspotenzial. Für mich bedeutet er aber zunächst einmal nur die explizite Inblicknahme der Interdependenz wirtschaftlichen Geschehens und das Insistieren, dass makroökonomische Modelle konsistent sein sollen mit den Identitäten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.⁵ Ich wäre aber offen für einen ernsten Wettbewerb mit ganz anderen Paradigmen, etwa der Theorie komplexer Systeme oder dem sogenannten agentenbasierten Modellieren, von dem der Mainstream schon eine gewisse Entspannung gegenüber der genauen Ausprägung von Mikrofundierung lernen könnte.

Die angebliche Obsession des Mainstreams mit dem repräsentativen Agenten und seine Aversion gegenüber Verteilungsfragen sind eine journalistische Chimäre und brauchen nicht weiter diskutiert zu werden. Was natürlich nicht heißen soll, dass „repräsentative Agenten“-Modelle nicht auch zu-

3 Als kanonisches Beispiel vgl. etwa F. Smets, R. Wouters: Shocks and Frictions in US Business Cycles: A Bayesian DSGE Approach, in: American Economic Review, 97. Jg. (2007), H. 3, S. 586-606.

4 Vgl. auch G. Braunberger: Rüdiger Bachmann über die moderne Makroökonomik, DSGE-Modelle und die Rolle von Theorie und Empirie in der VWL, Interview, Fazit-Blog, 2.5.2012, <http://blogs.fazit.net/fazit/2012/05/02/oekonomen-im-gespraech-1-ruediger-bachmann-ueber-moderne-makrooekonomik-dsge-modelle-und-die-rolle-von-theorie-und-empirie-in-der-vwl-381/> (7.12.2017). Ebenso die kürzlich vorgelegte DSGE-Apologik von L. Christiano, M. Eichenbaum, M. Trabandt: On DSGE Models, 2017 (Manuskript), auch wenn man sich die etwas rüde Einleitung nicht zu eigen machen will.

5 Vgl. dazu auch P. Spahn: Streit um die Makroökonomie – Theoriegeschichtliche Debatten von Wicksell bis Woodford, Weimar 2016.

künftig eine Rolle im Werkzeugkasten der Makroökonomik spielen sollten, wenn man eben ihre Anwendungsbedingungen und Grenzen beachtet.

Krisenvorhersage

Die wohlfeile Kritik, dass der Mainstream die Krise nicht habe kommen sehen, ist Unsinn, denn der Mainstream begründet ja auch theoretisch, warum Finanzkrisen grundsätzlich nicht vorhersagbar sind. Des Weiteren wird in diesem Vorwurf⁶ nicht sauber zwischen unbedingten und bedingten Prognosen unterschieden. Der akademische Ökonomik-Mainstream hat sich eigentlich nahezu vollständig vom ersten Geschäft als letztlich undurchführbar abgewendet, wobei es dieses in den Wirtschaftsforschungsinstituten und in der Privatwirtschaft immer noch gibt. Was bedingte Prognosen angeht, also etwa so etwas wie „Wenn Kreditwachstum anzieht, werden Finanzkrisen wahrscheinlicher“, hätte man sicherlich mehr erwarten können.

Zur Verteidigung des Mainstreams darf man allerdings schon vorbringen, dass Finanzkrisen in den entwickelten Nachkriegsvolkswirtschaften in der Tat einfach nicht häufig genug und von hinreichend starken wirtschaftlichen Folgen begleitet waren, dass man sie unbedingt zu einem prominenten Forschungsgegenstand der Makroökonomik hätte machen müssen.⁷ Im Werkzeugkasten der Ökonomik waren Finanzkrisen auf jeden Fall.⁸ Letztlich kann man darüber aber geteilter Meinung sein. Was den Mainstream aber in jedem Fall auszeichnet, ist, dass er das Thema jetzt zentral auf die Forschungsagenda gesetzt hat und dabei sicherlich auch wieder die einen oder anderen vergessen gegangenen Ideen von außerhalb des gegenwärtigen Mainstreams aufgreifen wird.

Mangelnde Reflexion?

Ein weiterer Vorwurf, der in der Pluralismusdebatte immer wieder erhoben wird, ist der der mangelnden Reflexion/mangelnden Reflexivität in der Ökonomik. Diese Kritik bleibt oft vage: Bezieht sich der Vorwurf auf die Handelnden in unseren Modellen, dann muss man entgegnen, dass mit der Betonung der Zukunftsgerichtetheit im ökonomischen Modellieren dieser Vorwurf in seiner Pauschalität nicht zu halten ist. Ökonomische Agenten werden eben gerade nicht als Elementarteilchen modelliert, woher auch meine Skepsis gegenüber der Econophysics und den agentenbasierten Modellen rührt. Dass man immer diskutieren kann, wie diese

6 Und auch in allen anderen „Der Mainstream habe dies und jenes nicht vorhergesehen“-Vorwürfen.

7 Vgl. dazu ebenfalls L. Christiano, M. Eichenbaum, M. Trabandt, a.a.O.

8 Vgl. etwa D. Diamond, P. Dybvig: Bank Runs, Deposit Insurance, and Liquidity, in: Journal of Political Economy, 91. Jg. (1983), H. 3, S. 401-419.

Zukunftsgerichtetheit im Einzelnen in konkreten Modellen aussieht, steht auf einem anderen Blatt.

Oder bezieht sich der Vorwurf auf die Ökonomen als Gruppe, dass sie eben nicht genug Methoden- und Paradigmenreflexion betreiben? Es ist schon so, dass derartige Überlegungen in der Ökonomik eine geringere (wenn auch nicht keine) und im Sinne von Thomas Kuhn normalwissenschaftliche Aktivitäten eine größere Rolle spielen als in anderen Sozialwissenschaften und sicherlich den Geisteswissenschaften. Aber für mich ist das eine Stärke der Ökonomik, weil sie so eben auch zu Sachfragen kommt und damit an gesellschaftlicher Relevanz gewinnt. Und wie die obige Liste und ihre Veränderung über die Zeit ja zeigt, ist die geringere Reflexionsaktivität in der Ökonomik kaum mit geringerer Dynamik und Anpassungsfähigkeit erkaufte. Es gibt methodischen (und auch paradigmatischen) Wandel in der Ökonomik, aber weniger durch mühsame und offen präskriptiv auftretende Methodendebatten,⁹ sondern eher langsam evolutionär durch Adaption an relevante Sachfragenkomplexe.

In einem dritten Sinne könnte der Vorwurf einfach der sein, dass die Ökonomik nicht genügend geisteswissenschaftlich im Sinne Diltheys arbeitet, was bedeuten würde, das forschende Subjekt direkt mit in die wissenschaftliche Analyse einzubeziehen. Hier muss man erwidern: Ja, die Ökonomik ist eine Sozialwissenschaft und soll es im Sinne einer selbstbewussten Disziplinarität auch bleiben, aber das sollte ja die Geisteswissenschaften (wie übrigens auch die anderen Sozialwissenschaften mit ihren jeweiligen Paradigmen) nicht daran hindern, auch über Wirtschaften und die Wirtschaft nachzudenken.

Marktverherrlichend und unpolitisch?

Außerdem gibt es den Vorwurf, es stecke zu viel Marktverherrlichung in der Mainstream-Ökonomik.¹⁰ An dieser Kritik ist sicherlich etwas dran: So wird etwa in mikroökonomischen Vorlesungen oft hauptsächlich der wettbewerbliche Markt und seine Funktionsweise diskutiert, ohne seinen instrumentellen Charakter für die Herstellung gesellschaftlich gewünschter Allokationen zu betonen. Auf der anderen Seite ist auch klar, dass man mit reinem Marktpriestertum schon lange keine akademischen Weihen mehr erzielen kann. Der Markt ist gut verstanden, gewissermaßen ausgeforscht, es sind die Myriaden Möglichkeiten des Marktversagens, die die forschenden Ökonomen heute interessieren. Das mag für TV-Ökonomen und Kolumnistenprofessoren anders sein, und ist dann auch entsprechend zu kritisieren.

9 In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass sich nach meinem Eindruck die philosophische Wissenschaftstheorie schon lange vom Präskriptivismus verabschiedet hat.

10 Dazu jüngst in einem sehr beachtlichen Beitrag D. Rodrik: Rescuing Economics from Neoliberalism, in: Boston Review, 6.11.2017.

Zwei ineinandergreifende Selbstverständlichkeiten sollen hier aber auch erwähnt sein: Es gibt auch Staatsversagen und aus nicht jedem Fall von Marktversagen folgt, dass es der Staat besser kann.

Dann gibt es wieder den Vorwurf, der Mainstream sei nicht politisch genug, erkenne die unhintergehbare Normativität der Ökonomik nicht und verstecke sich hinter Pseudoobjektivität.¹¹ Aber auch da gehen die Ebenen in der Kritik oft durcheinander. Das lässt sich sehr schön an einem Satz wie „Letztes Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,5%“ illustrieren: es gibt natürlich einen Moment Normativität in der Entscheidung einer wissenschaftlichen Gemeinschaft, das BIP als ein interessantes Studienobjekt zu betrachten und andere Sachverhalte weniger. Darin unterscheidet sich die Ökonomik aber von keiner anderen Wissenschaft, nicht einmal den Naturwissenschaften. Natürlich wird dieser Satz oft ergänzt durch „und das ist zu wenig“ oder „und deshalb sollte man die Steuern senken“, sodass es diesen normativen Aspekt der Ökonomik natürlich gibt, aber eben nicht als unhintergehbaren. Der Satz kann eben auch für sich alleine stehen und ist als solcher interessant und damit Teil des rein positiven Kerns der Ökonomik.

Es gibt des Weiteren eine wissenschaftsorganisatorische Stoßrichtung der Pluralismuskritik: Die Ökonomik als wissenschaftliche Gemeinschaft sei zu männlich, zum Teil offen sexistisch,¹² zu weiß, auch zu elitär, mit konzentrierter Macht an einigen US-Eliteuniversitäten und US-Fachzeitschriften,¹³ die die Vielfalt der Ideen und Kreativität unterdrückten. An dieser Kritik ist sicherlich einiges stichhaltig, und sie wird nun auch stärker innerhalb des Mainstreams diskutiert¹⁴ – mit welchen konkreten Ergebnissen, bleibt abzuwarten. Wenn es denn aber stimmt, dass Vorbildfunktionen auch über das Aussehen der handelnden Personen laufen, dann ist Diversität nicht mehr nur eine Gerechtigkeitsfrage, sondern auch eine der Effizienz. Auf der anderen Seite gehört das Narrativ, der Mainstream habe sich als monolithischer Block gegen Außenseiter verschworen, um sie von Zeitschriftenpublikationen und Professuren fernzuhalten, ins Reich der Legenden. Der Schluss von Nichtrepräsentation auf notwendige Diskriminierung ist ein Fehlschluss.

11 Zusammengenommen bedeuten beide Kritiken natürlich, dass die Ökonomik einfach marktkritischer, irgendwie linker werden solle.

12 Vgl. dazu das Statement des Exekutivkomitees der American Economic Association vom 20.10.2017, <https://www.aeaweb.org/news/statement-of-the-aea-executive-committee-oct-20-2017> (7.12.2017).

13 Vgl. dazu aus dem Mainstream J. Heckman: Publishing and Promotion in Economics: The Curse of the Top 5, Konferenzpräsentation am 7.1.2017, https://hceconomics.uchicago.edu/sites/default/files/file_uploads/AEA-Curse-Five-HO-SMALL-STATIC_2017-01-06_d_jbb.pdf (7.12.2017).

14 Vgl. dazu G. Braunberger: Die akademische Ökonomenszene hat ein Sexismusproblem, Interview, Fazit-Blog, 7.9.2017, <http://blogs.faz.net/fazit/2017/09/07/die-akademische-oekonomenszene-hat-ein-sexismusproblem-9110/> (7.12.2017).

Im deutschen Teil der Debatte folgt, auf diesem Fehlschluss basierend, mitunter sogar der Ruf nach einer staatlichen Zwangspluralisierung der akademischen Ökonomik, da man die Freiheit von Forschung und Lehre in Gefahr sieht.¹⁵ Pluralismus kann aber nicht „anything goes“ bedeuten, und die Freiheit von Forschung und Lehre auch nicht, dass von Staats wegen einzelne wissenschaftliche Paradigmen gegen die Wissenschaft selbst geschützt werden. Paradigmen sterben ab, das ist ein völlig normaler wissenschaftlicher Vorgang, den man am besten organisch laufen lässt. Es ist natürlich so, dass durch Pfadabhängigkeiten frühere Diskriminierungskonstellationen gegenüber bestimmten Paradigmen dazu führen könnten, dass heute Paradigmen als unfruchtbar erscheinen, die es in einer anderen historischen Konstellation nicht wären. Aber selbst wenn das so wäre, bedeutete das für die optimale wissenschaftspolitische Reaktion nicht unbedingt einen ressourcenaufwendigen, zwangspluralisierenden Eingriff, wenn die betreffenden alternativen Paradigmen personell und ideell zu atrophiert wären, als dass sie weiter produktiv wirken könnten. Mit anderen Worten: Pfadabhängigkeiten können auch bedeuten, dass man nicht mehr zurückwollen sollte. Hinzukommt, dass gute Ideen zwar oft außerhalb vom Mainstream generiert, dann aber von diesem fruchtbar und anschlussfähig absorbiert werden – Genderfragen aus der feministischen Ökonomik in Teilen der Arbeitsmarkt-, Entwicklungs-, und Makroökonomik, Machtfragen aus dem Postkeynesianismus in der Politischen Ökonomik und der neuen Verteilungsökonomik, oder die Anliegen des alten Ordoliberalismus in der Neuen Institutionenökonomik und der angewandten Mechanismusdesigntheorie. Und da geht sicherlich noch mehr: Zum Beispiel sollten Macht und ihre Ausprägungen und Konsequenzen noch stärker auf die Mainstream-Agenda.

Kritik an der Lehre

Schließlich geht mit dem Ruf nach mehr Pluralismus auch oft eine Kritik an der Lehre in der Ökonomik einher, und dürfte für die studentische Seite der Pluralismusfraktion sogar die Hauptmotivation sein. Die Lehre sei oft unmotiviert, steril, veraltet (die Finanzkrise komme nicht vor), praxisfern, und es fehle an Wissenschaftstheorie, Wirtschaftsethik, Dogmen- und Wirtschaftsgeschichte. Zum Teil ist diese Kritik sicherlich berechtigt und hängt, sehr neoklassisch, mit den Anreizstrukturen für (deutsche) Professoren und der Organisation des Lehrbetriebs – Stichwort: prekäre Beschäftigung unterhalb der Professorenebene – zusammen. Ich persönlich denke mit Schrecken an meine Studienzeit zurück, als ich ISLM-Gleichgewichte mit Zahlen ausrechnen musste, statt die Ökonomik hinter dem Modell beigebracht zu bekommen. Und ja, die Finanzkrise sollte heute zumindest in

fortgeschrittenen Vorlesungen zur Makroökonomik vorkommen. Aber schon bei der Praxisferne wird man, was die Ausgestaltung anbelangt, sehr heterogene Reaktionen der Studierenden erhalten: Das wird von „Alles, was mir später in meinem Beratungsjob nützt.“ über „Was sind die politischen Implikationen dieser Theorie?“ bis hin zu „Was sind die ideengeschichtlichen Hintergründe?“ reichen, je nach Ansprüchen und Zielsetzungen des individuellen Studierenden. Das alles unter einen Hut zu bringen, wird nicht in einer perfekten Mustervorlesung leistbar sein.

Ich habe sehr viel Sympathie für die Wirtschaftsgeschichte, die in der Tat, wenn auch nicht ganz unverschuldet, da man den Anschluss an moderne Theorie und Empirie verloren zu haben schien, vor der Finanzkrise etwas in den Hintergrund getreten war. Das hat sich aber geändert, das Fach blüht, ist wieder in Konversation mit den anderen Teildisziplinen. Vergleichbares sehe ich für die Dogmengeschichte (noch?) nicht. Davon unabhängig muss aber jeder, der neue Teildisziplinen im festen Bachelorzeitrahmen etablieren will, auch sagen, was er streichen wird. Es kommt auch hier auf die Opportunitätskosten an: verschwindet die Makroökonomik, die Arbeitsmarktökonomik, oder verschwinden die Öffentlichen Finanzen? Letztlich wird sich dieses Problem wie auch das Problem der heterogenen Studierendenwünsche an die Praxisnähe nur durch weitere horizontale Differenzierung bei großen Fachbereichen intern, bei kleineren über Standorte hinweg kombiniert mit Lehrkooperationen lösen lassen. Wenn man diese Diversität und Fungibilität aber will, dann wird es umso wichtiger sein, dass die jungen Ökonomen zuerst einen einheitlichen disziplinären Kern vermittelt bekommen.

Fazit

Wie gezeigt wurde, ist die Pluralismusdebatte und die mit ihr verbundenen Forderungen an den Mainstream selbst sehr plural. Ebenso vielfältig erscheint aber auch der Berechtigungsgrad der einzelnen Anliegen: Er reicht von Forderungen, die auf falschen, immer wieder wiederholten Behauptungen über den Mainstream basieren, bis hin zu dem völlig berechtigten Ruf nach einer besseren Lehre und mehr Diversität. Und schließlich gilt diese Heterogenität auch für die Intensität der vorgetragenen Wünsche, die von der Bereitstellung von (fakultativen) Ergänzungsmodulen zu einem Mainstream-Kern, über eine Wissenschafts- und Lehrorganisation mit dem Mainstream als einem von mehreren gleichvertretenen Paradigmen, bis hin zu Maximalforderungen von eingefleischten Mainstream-Kritikern nach der Abschaffung des Mainstreams als eines fehlgeleiteten, ideologischen und unwissenschaftlichen Paradigmas reichen. Ich vermute, dass die studentische Pluralismusposition eher zwischen Intensitätsgrad eins und zwei liegt, während die höchste Intensitätsstufe vor allem von professoralen und professorablen Anhängern anderer Paradigmen kommen

15 A. Heise: Pro: Brauchen wir einen Pluralismus-Kodex?, in: Forschung und Lehre, Nr. 7/2016.

dürfte. In der kurzen Frist ist wegen Angebotsbeschränkungen und Tenure-Verträgen wohl nur die erste Variante denkbar, und nach meinem Dafürhalten partiell auch wünschenswert, vor allem wenn sie durch horizontale Differenzierung der Fachbereiche und Abstimmung per Fuß durch die Studierenden verwirklicht wird. Staatliche Zwangspluralisierungen sind abzulehnen, und stellen einen massiven Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit dar, selbst dann, wenn sie mit der Intention erfolgten, diese für andere herzustellen. Solche Eingriffe sind systemfremd, die Missbrauchsgefahren zu groß, und die historischen Beispiele in Bremen und Hamburg auch nicht ermutigend, wo es ja Versuche einer politisch gewollten paradigmatischen Pluralisierung in der Ökonomik gegeben hat.

Silja Graupe

„Wie konnte es passieren?“ – ökonomische Bildung als Boden einer geistigen Monokultur

„Wie konnte es passieren, dass niemand die Krise vorhergesehen hat?“ Mittlerweile ist diese Frage der Queen, die sie im November 2008 an die Wirtschaftswissenschaften stellte, legendär. Die Antwort der British Academy: Es handele sich „grundsätzlich“ um „ein Versagen der kollektiven Vorstellungskraft (collective imagination) vieler kluger Menschen [...], die Risiken für das System im Ganzen zu verstehen“¹. Was aber ist diese Vorstellungskraft und woher kommt sie?

Der diesjährige Träger des Wirtschafts-Nobelpreises Richard H. Thaler geht ebenso wie etwa sein Kollege Daniel Kahneman, ebenfalls Preisträger, davon aus, dass sich das menschliche Denken in einen intuitiven, unbewussten und quasi-automatischen Bereich („System 1“) und in einen reflexiven, kontrollierbaren und rationalen Bereich („System 2“) einteilen lässt.² Der erste Bereich soll die Mehrzahl menschlicher Entscheidungen determinieren, ohne dass der zweite Bereich involviert ist: Grundlegende, weitestgehend unreflektierte Vorstellungen sollen den Verhaltensökonomem zufolge das menschliche Denken, Fühlen und Handeln bestimmen, bevor sich der rational kalkulierende Verstand kontrollierend einschalten konnte. Als gedankliche Muster, in der Sprache der Kognitionswissenschaften (mentale) Frames genannt, strukturieren diese Vorstellungen, so

Auf der anderen Seite stünde es dem Mainstream gut an, diese Debatte aufzugreifen, statt sie blasiert als Geschwätz von Sektierern abzutun, vor allen Dingen wenn sie aus der Studierendenschaft kommt. Eine stärkere Einstellung, Studierende auch als Kunden zu betrachten, täte dem deutschen Mainstream-Professorat sicherlich gut. Ganz abgesehen davon stehen vom Steuerzahler bezahlte Wissenschaftler immer mindestens unter einem moralischen Rechtfertigungsgebot. Dass der Mainstream in dieser Debatte gut dastehen wird, ist für mich außer Frage, wenn sich seine Vertreter nur mehr engagieren und die Mikrophone und Kolumnen nicht immer einzelnen Medienprofessoren, die man oft zu leicht als Mainstream lächerlich machen kann, überlassen würden.

heißt es, die menschliche Vorstellungskraft: Menschen sollen zumeist mit ihnen denken, ohne je bewusst über sie zu denken. Oder noch zugespitzter formuliert: „Nicht Fakten, sondern Frames sind die Grundlage unserer alltäglichen sozialen, ökonomischen und politischen Entscheidungen.“³

Dies bedeutet allerdings nicht die Abwesenheit sämtlicher Kontrolle: Verhaltensökonomem wie Thaler gehen davon aus, dass unbewusste Entscheidungsprozesse von außen durch sogenannte Entscheidungsarchitekten steuerbar sein sollen: Im Rahmen eines „libertären Paternalismus“ sollen Menschen durch sogenannte Anstupser (nudges) dazu gebracht werden können, sich jenseits der bewussten Reflexion quasi-automatisch für das für sie Richtige und Gute (oder zumindest Bessere) zu entscheiden.⁴ George A. Akerlof und Robert J. Shiller, beide ebenfalls Wirtschafts-Nobelpreisträger, gehen noch einen Schritt weiter: In ihrem Werk „Phishing for Phools“ legen sie dar, wie unbewusste Entscheidungsprozesse durch Außenstehende sogar gezielt formbar und manipulierbar sein sollen. Sie behaupten, in der auf Gewinn zielenden Ausbeutung dieser Art der Manipulation sogar den wesentlichen Grundzug unserer heutigen Marktwirtschaft erkennen zu können.⁵

Kehren wir zur Diagnose der British Academy zurück. Worin mag das Versagen der kollektiven Vorstellungskraft

1 T. Besley, P. Hennessey: The Global Financial Crisis – Why Didn't Anybody Notice?, in: British Academy Review, 2009, H. 14, S. 8-10, eigene Übersetzung.

2 Vgl. D. Kahneman: Thinking, Fast and Slow, London 2012.

3 E. Wehling: Politisches Framing, Magdeburg 2016, S. 45.

4 R. H. Thaler, C. R. Sunstein: Nudges, London 2008.

5 G. A. Akerlof, R. J. Shiller: Phishing for Phools, Princeton 2015, S. x.

der Ökonomen begründet liegen? Bislang, so scheint es mir, versuchen VerhaltensökonomInnen rational zu erklären, wie sich Nicht-Ökonomen irrational verhalten, um daraus Schlüsse für den Umgang oder gar die Steuerung dieser Art unbewusster Irrationalität ziehen zu können. Doch damit zielen sie an der für die, von der British Academy angesprochenen akademisch-wissenschaftlichen Vorstellungskraft entscheidenden Frage vorbei: Wie verhält es sich mit dem eigenen kognitiv Unbewussten, dem „System 1“ der Ökonomen? Führen nicht vielleicht die (vermeintlich) wissenschaftlichen Argumente der Ökonomen selbst auf unbewussten Frames, quasi-automatischen gedanklichen Deutungsrahmen also, die sie in der heutigen Zeit zunehmend in die Irre leiten, sie also selbst zu „Phools“ werden lassen?

In einer neueren Studie gehe ich dieser Frage im Dialog von Ökonomie, Kognitionswissenschaften und Beeinflussungsforschung nach.⁶ Als Untersuchungsgegenstand dienen mir dabei die ökonomischen Standardlehrbücher, wie sie übersetzt in über 40 Sprachen weltweit die Volkswirtschaftslehre an Hochschulen dominieren – insbesondere die einflussreichen Lehrbücher von Paul A. Samuelson und N. Gregory Mankiw.

Mathematische Abstraktion und die Entwurzelung sozialen Denkens

Unter dem Titel „Ökonomie ist Gehirnwäsche“ titelte der „Spiegel“ 2011, dass die Ökonomen zu viel rechneten und sich zu wenig um die sozialen Folgen kümmerten. Meine Forschung zeigt, wie die Schulung abstrakt-mathematischer Denkprozesse tatsächlich wesentlich dazu beitragen kann, den kritischen Alltagsverstand weitgehend außer Kraft zu setzen: Die vielfältigen Frames, die das „System 1“ strukturieren, speisen sich für gewöhnlich aus vorangegangenen Erfahrungen mit der Welt. „Dazu gehört körperliche Erfahrung – wie etwa mit Bewegungsabläufen, Raum, Zeit und Emotionen – ebenso wie etwa die Erfahrung mit Sprache und Kultur.“⁷

Indem in der standardisierten VWL das abstrakte Rechnen fokussiert wird, über dessen Richtigkeit und Gültigkeit jenseits aller menschlichen Erfahrung (apriorisch) zu entscheiden ist, droht dieses sozio-kulturelle Erfahrungswissen seine Bedeutung zu verlieren. Der plurale Wissensschatz, der im Umgang mit wirtschaftlichen Erfahrungen oder in politischen Diskursen erworben wurde, wird zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, anstatt kritisch reflektiert, verfeinert oder kreativ erneuert zu werden. Auf diese Weise werden die vielfältigen sozialen Wurzeln wirtschaftlichen Denkens gekappt.

Diese Entwurzelung ist aus meiner Sicht besonders kritisch zu sehen, insofern eine Reflexion der apriorischen Argumentationsweisen der Mathematik in den Standardlehrbüchern der Gegenwart weitestgehend unterbleibt, und diese Entwurzelung deswegen von Studierenden überwiegend nur stillschweigend vollzogen werden kann.

Selektives Framing: die Welt als Supermarkt

Doch die ökonomische Standardlehre ist keineswegs auf die Vermittlung eines mathematisch-abstrakten Denkens beschränkt. Vielmehr kann man sich die ökonomische Bildung wie eine Art Umpflanzung (repotting) vorstellen: Zunächst wird das wirtschaftliche Denken durch mathematische Abstraktion aus seinen vormals bestehenden vielfältigen sozio-kulturellen Zusammenhängen gerissen. Auf diese Weise entwurzelt, wird es sodann in einen neuen Boden impliziter kognitiver Deutungsrahmen eingelassen. Dieser Boden besteht im Wesentlichen aus 1) einem hochgradig selektiven wirtschaftlichen Erfahrungswissen und 2) aus sogenannten „deep seated frames“, die sich, tief im Unbewussten verankert, aus weltanschaulichen und emotionalen Quellen ebenso wie aus wirtschaftsfremdem Erfahrungswissen speisen.

Ich wende mich zunächst dem ersten Punkt zu. Ein einfacher Blick in die ökonomischen Standardlehrbücher genügt, um zu erkennen, dass sie nicht allein auf mathematischer Argumentation, sondern sogar vorwiegend auf abstrakten Konzepten basieren, die sie sprachlich vermitteln. Erneut kognitionswissenschaftlich gesprochen, lassen sich solche Konzepte niemals rein bewusst-kognitiv verarbeiten. Vielmehr aktivieren sie auf der Ebene des „System 1“ weitestgehend unbewusste Deutungen und Interpretationen: „Words are typically understood and represented against background situations. When a situation is not available, a concept is difficult to process. [...] As a result, the conceptual system becomes oriented toward retrieving information about abstract concepts with relevant situations already in place.“⁸

Dabei gilt: Je weniger Hintergrundsituationen durch die sprachliche Vermittlung abstrakter Konzepte aktiviert werden, desto eingeschränkter wird der Spielraum möglicher Interpretationen. In den Kognitionswissenschaften nennt man dieses Phänomen selektives Framing: Durch die geschickte Wahl von Sprache (und von Bildern) lassen sich abstrakte Konzepte lediglich an ein einziges und folglich sehr begrenztes Erfahrungswissen anbinden. In der Folge wird alternatives Erfahrungswissen ausgeblendet: Der interpretative Rahmen für die Deutung realer Phänomene droht drastisch reduziert zu werden, sodass es zu einem Verlust

6 S. Graupe: Beeinflussung und Manipulation in der ökonomischen Bildung, FGW-Studie Neues ökonomisches Denken, Nr. 5, Düsseldorf 2017.

7 E. Wehling, a.a.O., S. 28.

8 L. W. Barsalou, K. Wiemer-Hastings: Situating Abstract Concepts, in: D. Pecher, R. Zwaan (Hrsg.): Grounding Cognition, New York 2005, S. 131.

kognitiver Pluralität kommen kann.⁹ Lässt sich aber nun ein solches selektives Framing für die ökonomischen Standardlehrbücher zeigen? Akerlof und Shiller bejahen dies: „The typical textbook has us think of a trip to the supermarket. [...] This intentionally pallid story is in no ways as innocent as it seems. It is not science. But it is powerful rhetoric.“¹⁰ Demnach ist es die Erfahrung eines Einkaufs im Supermarkt, die in den Standardlehrbüchern der VWL als wesentliche Grundlage der Deutung abstrakter Konzepte dient.

Auch meine Forschung weist nach, wie ökonomische Standardlehrbücher (ebenso wie weite Teile der neoklassischen Theorie) ihre abstrakten Begriffe hauptsächlich so kontextualisieren, dass bei Studierenden stillschweigend nahezu ausschließlich der (erfahrungsbezogene) Frame des passiven Konsumenten in einer immer schon geld- und warenförmig organisierten Wirtschaft aktiviert wird.¹¹ Sie lernen, mit diesem Frame über alles in der Wirtschaft zu denken, nicht aber über den Frame zu denken. Wie gesagt, kann ein solches Framing hochgradig selektiv wirken: Alternative wirtschaftliche Erfahrungen, wie sie etwa mit der Arbeitswelt, mit Armut oder mit Machtverhältnissen in Zusammenhang stehen, drohen keinerlei eigene Sprache oder Ausdrucksfähigkeit zu erhalten.¹² Dies wiederum kann zur „Hypokognition“ führen: „Hypokognition bezeichnet die Nicht-Existenz oder den Wegfall von Ideen durch den Mangel an sprachlicher Umsetzung dieser Ideen.“¹³ Kurz: Auf der Ebene des kognitiv Unbewussten kann auf diese Weise ein Boden entstehen, der nur noch eine Monokultur stillschweigender Wahrnehmungen und Denkformen gedeihen lässt.

Ideologisches und politisches (Re-)Framing

Ich wende mich nun dem Aspekt der „deep seated frames“ zu. Abstrakte ökonomische Konzepte erlangen in ökonomischen Standardlehrbüchern nicht nur durch einen Frame Bedeutung, der sich wie im Falle der ökonomischen Standardlehrbücher aus einer singulären wirtschaftlichen (Supermarkt-)Erfahrung speist. Darüber hinaus sind es Wortassoziationen, die tiefsitzende nicht-ökonomische Deutungsrahmen wachrufen und so diese Konzepte in neue bislang unbekannte semantische Netzwerke einzubetten vermögen. Das wohl wichtigste Beispiel im Bereich der standardisierten VWL ist das Konzept „der Markt“. Weit davon entfernt bloß mit einer abstrakten mathematischen Formel bestimmt zu werden, wird in vielen ökonomischen Standardlehrbüchern der Marktbegriff durch rein sprachliche Assoziationen in einen politischen und zugleich wertenden Frame eingelassen. Dabei werden unter anderem aus der Beeinflussungs-

forschung bekannte Instrumente verwendet, so etwa der Schwarz-Weiß-Trugschluss, der durch die Instrumente der „glanzvollen Verallgemeinerung“ und der „Dämonisierung“ ergänzt wird.¹⁴

Genauer gesagt wird zunächst jenseits aller empirisch fundierten Argumentation oder logisch begründeten Definitionen „der Markt“ begrifflich von „dem Staat“ abgegrenzt. Sodann werden beide Seiten durch Begriffsassoziationen ebenso wertend wie emotional aufgeladen, sodass ein antagonistischer Dualismus entsteht. So werden mit „dem Staat“ ausschließlich unmittelbar negative Wertungen assoziiert, die bis in die Tiefe körperlich-sinnlicher Wahrnehmungen reichen und geeignet sind, auf dieser Ebene unwillkürlich Abwehrreaktionen hervorzurufen (vgl. etwa Begriffe wie „starvation“, „coercion“ und „mortal terror“ bei Samuelson oder „collapse“, „communism“ und „abandoned system“ bei Mankiw). „Der Markt“ hingegen wird allein in ein positiv konnotiertes semantisches Netzwerk eingelassen, so etwa durch Wörter wie „voluntary“, „sleep easily“ und „well“ bei Samuelson sowie „success“, „good way“ und „enlightenment“ bei Mankiw.¹⁵

Beispielhaft zeigt sich hier, wie ökonomische Standardlehrbücher im Unbewussten wertebasierte, ideologische Frames aktivieren können: Sie laden abstrakte ökonomische Konzepte politisch und emotional auf, indem sie diese stillschweigend mit positiv oder negativ konnotierten Konzepten aus Politik und Alltagserfahrung rein sprachlich, d.h. ohne konkret nachvollziehbaren sachlich begründeten Bezug, verbinden. Damit besteht die Gefahr, dass sich jenseits jeglicher kritischen Reflexion instinkthafte Reaktionen (z.B. Ekel und Angst versus Sicherheit und Behaglichkeit) beim bloßen Hören von bestimmten ökonomischen Begriffen auslösen lassen, die sich mit der Zeit zu einer impliziten und zugleich wertenden Weltanschauung verfestigen können.

Metaphorisches Framing I: der Markt als Maschine

Bei der Verarbeitung abstrakter Konzepte und Probleme werden in Teilen der Kognitionswissenschaften Metaphern eine besondere Bedeutung zugeschrieben.¹⁶ Mit ihrer Hilfe sollen Menschen abstrakte Konzepte gedanklich handhabbar machen. Durch Metaphern lassen sich semantische Zusammenhänge aus einem konkreten Erfahrungsbereich (Quelldomäne) stillschweigend in einen anderen, abstrakteren Verstehensbereich (Zieldomäne) übertragen. Das wohl wichtigste Beispiel aus dem Bereich ökonomischen Denkens ist die metaphorische Übertragung von Begriffen aus

9 E. Wehling, a.a.O., S. 43.

10 G. A. Akerlof, R. J. Shiller, a.a.O., S. 16.

11 S. Graupe, a.a.O., S. 26 ff.

12 Vgl. E. Wehling, a.a.O., S. 17-18.

13 E. Wehling, a.a.O., S. 64-65.

14 Vgl. hierzu: C. Hill: *Covert Propaganda and Molding the Mass Mind*, North Charleston 2015, S. 276 ff.

15 Vgl. genauer S. Graupe, a.a.O., S. 54-59.

16 Vgl. insbesondere die *Cognitive Metaphor Theory*; grundlegend: G. Lakoff, M. Johnson: *Metaphors We Live By*, Chicago, London 1980.

der Mechanik bzw. dem konkreten Umgang mit Maschinen (Quelldomäne) in den Bereich der Wirtschaft (Zieldomäne).

So wird in ökonomischen Standardlehrbüchern der als abstraktes Konzept eingeführte Begriff „des Marktes“ immer wieder mit Begriffen wie „Mechanismus“, „Gleichgewicht“, „Supercomputer“, „System“ und „Schwungrad“ gekoppelt, ohne, etwa dem Beispiel der neoklassischen Theorie folgend, irgend eine Art expliziter Analogie herzustellen, geschweige denn auf die Grenzen einer solchen Metaphorik aufmerksam zu machen. Auf diese Weise besteht die Gefahr, dass Studierende kein wirkliches Verständnis ökonomischer Prozesse entwickeln, sondern vielmehr ökonomische Begriffe unbewusst in einem der Wirtschaft genuin fremden kognitiven Deutungsrahmen einbetten und folglich unbewusst interpretieren lernen. So drohen sie etwa, „den Markt“ nicht mehr als soziales Geschehen zu deuten, sondern unmittelbar mit Assoziationen aus dem Ursprungsbereich der Metapher, d.h. der Mechanik, zu koppeln, sodass für diesen Begriff mit der Zeit gleichsam quasi-automatisch ein kognitiver Deutungsrahmen von „Sachgesetzlichkeit“, „Gesetz“ und „Automatismus“ ebenso wie von „Steuerbarkeit“ und „Kontrollierbarkeit“ erwachsen kann.

Metaphorisches Framing II: die „Gesetze“ des Marktes und die Schwerkraft

An ökonomischen Standardlehrbüchern fällt zudem der exzessive Gebrauch von Diagrammen und Graphen auf, die geometrische Argumentationen unreflektiert mit alltäglichen Begriffen (wie etwa „Autos“, „Pizza“ oder „Cola“) koppeln und daraus allgemeine Aussagen über die soziale Welt insgesamt abzuleiten anregen. Meine These lautet hier, dass die ökonomischen Standardlehrbücher – erneut unbewusst für deren Leser – an visuell-motorische sowie sensomotorische Erfahrungen appellieren (den Nachvollzug von steigenden und fallenden Linien etwa), um aus solcher Art der Metaphorik eine weitgehend unkritische Zustimmung zu Aussagen über die Wirtschaft zu erzeugen.

Arne Heise

Fünf Weise und nur eine Weisheit?

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (im Folgenden Sachverständigenrat für Wirtschaft) ist eine der wichtigsten Institutionen der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland. Er wurde geschaffen, um die Wirtschaftspolitik auf eine scheinbar neutrale, rationale Basis zu stellen. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung von der Wirtschaftswissenschaft als eine den Naturwissenschaften gleiche, monistische und wertfreie Dis-

ziplin. Tatsächlich zeigt die Praxis der Beratungsarbeit des Sachverständigenrats für Wirtschaft, dass die Wirtschaftswissenschaft dazu neigt, miteinander im Wettstreit stehende wirtschaftspolitische Empfehlungen zu produzieren, die entweder auf einer Theorienvielfalt oder gar einem Paradigmenpluralismus fußen. Dies zeigt sich durch sogenannte Minderheitsvoten in den Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Wirtschaft, aber auch in manchen in der Öffentlichkeit aus-

Fazit

Der Verlust sozialer Kognition durch eine (unreflektierte) Dominanz mathematischer Argumentation, die hochgradig selektive und zugleich unbewusst bleibende Anbindung abstrakter ökonomischer Konzepte an nur wenige ökonomische Erfahrungsbereiche sowie die ideologische und metaphorische Umdeutung dieser Bereiche: All diese Formen der Beeinflussung lassen sich in ökonomischen Standardlehrbüchern der Gegenwart nachweisen. Aus Sicht der Kognitionswissenschaften stehen die Chancen nicht schlecht, dass es sich dabei um hochgradig wirksame Veränderungen des Denkens über Wirtschaft handeln kann: Sie alle können zu einer maßgeblichen Verarmung jenes kognitiven Bodens führen, auf dem Ökonomen und jene Menschen, die durch sie geschult werden, ihre „kollektive Vorstellungskraft“ begründen, sodass auf ihm nur noch eine unreflektierte Monokultur des Denkens zu wachsen vermag. Ein zentraler Ort dies zu ändern ist die ökonomische Bildung.

17 Vgl. G. Lakoff, M. Johnson, a.a.O., S. 14 ff.

getragenen Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Sachverständigenrats für Wirtschaft.¹

Diese Praxis wird kritisiert, weil die Minderheitsvoten fast ausschließlich von jenen Ratsmitgliedern verfasst werden, die von den Gewerkschaften vorgeschlagen wurden. Damit wird insinuiert, dass die Minderheitsvoten nicht das Ergebnis von Theorievariation oder Paradigmenpluralismus sind, sondern eine die Neutralität verletzende Wert- oder Ideologiebehaftetheit widerspiegeln, die „Kokoloeres“ oder „wirres Zeug“ hervorbringt, welches mit viel Aufwand wieder zurechtgerückt werden müsse.²

Wirtschaftswissenschaften und Politikberatung

Wissenschaftliche Politikberatung adressiert Politik nicht, um Partikularinteressen zu vertreten, sondern um durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse dem Gemeinwohl zu dienen. Andererseits beinhaltet Politik notwendigerweise Handlungsoptionen, die sie von der reinen Verwaltung unterscheidet. Diese Handlungsoptionen wiederum ergeben sich aus der autonomen Entscheidung über Ziele bzw. Zielbündel, die demokratische Wahlen als dem Gemeinwohl dienlich definieren müssen. Wissenschaft kann hier gleichermaßen argumentative Unterstützung gewisser normativer Ziele, wie auch eine Darlegung von Handlungsprogrammen und Instrumenteneinsätzen zur Erreichung der Ziele bieten.

Wenn Wissenschaft nun als Suche nach „Wahrheit“ verstanden wird, müsste die wissenschaftliche Beratung, die sich aus der Wahrheitsfindung speist, als wertneutrale und in ihrer Beratungsleistung ganz singuläre und allgemeingültige Therapie erscheinen. Weil das Untersuchungsobjekt der Wirtschaftswissenschaft das Wesensmerkmal hat, ein offenes, niemals vollständig analysierbares System zu sein, das sich darüber hinaus nicht unter experimentellen Bedingungen untersuchen lässt, kann die Wahrheitsuche niemals zu einem singulären, allseits anerkannten Erklärungsansatz führen.³ Stattdessen müssen konkurrierende Realitätskonstruktionen akzeptiert werden, die durchaus miteinander unvereinbares Vermutungswissen schaffen und die allesamt solange Bestand haben dürfen, bis eine allzu offensichtliche empirische Widerlegung es nahelegt, sich von dem einen oder anderen

Paradigma zu trennen. Die Wirtschaftswissenschaft ist also keine monistische Disziplin, die gesichertes Erklärungs- und Handlungswissen schafft, sondern muss als plurale Disziplin konstruiert und betrieben werden.

Plurale Gesellschaften benötigen ein Hochschulsystem, das dieser Pluralität gerecht wird. Gesellschaftliche Interessenpluralität ist zwar nicht mit wissenschaftlicher Paradigmenpluralität gleichzusetzen, aber eine plurale Ökonomik ermöglicht eher widerstreitenden Gesellschaftsinteressen akademische Ansprechpartner zu vermitteln als eine monistische Ökonomik. Es verwundert deshalb gar nicht, wenn sich gesellschaftliche Interessengruppen, die strukturelle Machtvorteile auf unregulierten Märkten genießen, an Theorieschulen wenden, die die Selbstregulierungskräfte des Marktes postulieren. Genauso legitim ist es, dass sich aber auch jene Gesellschaftsgruppen, die das Machtgefälle unregulierter Märkte negativ zu spüren bekommen, an Theorieschulen wenden und deren Beratung in Anspruch nehmen, die die Instabilität des marktwirtschaftlichen Systems und dessen Interventions- und Stabilisierungsnotwendigkeit herausstellen. Um also diesen unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden zu können, muss die grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit nicht nur dafür Sorge tragen, dass Wissenschaft ohne äußere Einflussnahmen betrieben werden kann, sie muss auch die notwendige Pluralität sicherstellen, die sich wissenschaftstheoretisch aus dem Untersuchungsgegenstand ergibt und die verhindert, dass Wissenschaft als elitär und einseitig wahrgenommen wird.

Die Wirtschaftswissenschaft in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg war recht schlecht geeignet, den Anforderungen einer pluralen Gesellschaft zu entsprechen: Die universitäre Wirtschaftswissenschaft umfasste Anfang der 1960er Jahre gerade einmal etwa 80 Professuren, die mit einigen verbliebenen Vertretern der sogenannten historischen Schule, des Ordoliberalismus und der modernen, zumeist in den USA geformten Ökonomik besetzt waren. Auf diese bezogen sich gleichermaßen Vertreter der Gleichgewichtsökonomie wie des Standardkeynesianismus. Für die wirtschaftspolitische Beratung wichtiger aber waren die großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, insbesondere in Berlin (DIW), Kiel (IfW) und München (Ifo Institut) sowie der 1963 gegründete Sachverständigenrat für Wirtschaft. Auch hier zeigte sich eine gewisse Vielfalt jener Ansätze, die den damaligen Mainstream ausmachten: Das DIW galt als keynesianisch orientiert und der Sozialdemokratie zuneigend, das IfW und das Ifo Institut vertraten eher ordoliberale oder gleichgewichtsorientierte Theorien und wurden vornehmlich von konservativ-liberalen politischen Kräften nachgefragt.⁴ Und der Sachverständigenrat für Wirtschaft vereinte zumindest bis Mitte der

1 Erst jüngst wurde ein Streit zwischen Peter Bofinger und den vier anderen Ratsmitgliedern über die Bedeutung der Industriepolitik in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) ausgetragen; vgl. P. Bofinger: Mehr Zentralismus wagen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 13.8.2017; L. P. Feld et al.: Einem Profi sollte das nicht passieren; in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 20.8.2017.

2 Vgl. N. Potrafke: Der Letzte der Weisen; in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 27.8.2017.

3 Vgl. A. Heise: Defining economic pluralism: ethical norm or scientific imperative; in: International Journal for Pluralism and Economic Education, 8. Jg. (2017), H. 1, S. 18-41.

4 Vgl. W. Gellner: Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland, Opladen 1995.

1970er Jahre diese Vielfalt, die mitnichten eine echte Pluralität war, durch die personelle Zusammensetzung der sogenannten „Fünf Weisen“⁵.

Mit der Gründung zahlreicher (Reform-)Universitäten ab den 1960er Jahren erlebte die Wirtschaftswissenschaft an deutschen Universitäten eine geringfügige und recht ungleichmäßige Pluralisierung: In den 1960er bis 1980er Jahren wurden immerhin etwa 30 heterodoxe Professoren berufen⁶ – dies spiegelte sich allerdings nicht in einer entsprechenden Öffnung der durch öffentliche Mittel geförderten wirtschaftspolitischen Beratung wider. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute prägten die bereits beschriebenen Orientierungen weiter aus, zeigten sich aber personell kritischeren Entwicklungen ebenso wenig zugeneigt, wie der Sachverständigenrat für Wirtschaft. Letzterer nahm vielmehr seit Mitte der 1970er Jahre eine zunehmend einseitige Ausrichtung zugunsten der – auch in der akademischen Wirtschaftswissenschaft – dominanter werdenden angebotstheoretischen Lehre an.⁷ Dies konnte auch nicht durch die spezielle Zusammensetzung des Sachverständigenrats für Wirtschaft, wo die Arbeitgeberverbände ebenso wie die Gewerkschaften ein informelles Nominierungsrecht für jeweils ein Ratsmitglied haben, verhindert werden. Immerhin sind die gewerkschaftlich nominierten Ratsmitglieder maßgeblich daran beteiligt, dass im Rahmen von sogenannten Minderheitsvoten angedeutet werden konnte, dass es auch wirtschaftspolitische Alternativen geben mag.⁸ Dass diese Minderheitsvoten kein Ersatz für eine umfassende Darstellung alternativer Konzeptionen sein kann, zeigt sich nicht nur an der zumeist sehr geringen medialen Reichweite solcher „abweichender Meinungen“, sondern auch daran, dass ihre Intensität vollkommen von den individuellen Präferenzen und der Konfliktbereitschaft der Ratsmitglieder abhängig ist.

Insbesondere die Politikberatung durch den Sachverständigenrat für Wirtschaft und dessen zunehmende Einseitigkeit empfanden viele kritische Wirtschaftswissenschaftler als „Meinungskartell“⁹, und einige von ihnen regten ab 1975 mit der Gründung der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspo-

litik“ und der regelmäßigen Veröffentlichung von sogenannten „Memoranden“ dazu an, eine wirtschaftswissenschaftliche Gegenöffentlichkeit zu organisieren. Wie drängend dieser Impuls von den kritischen, heterodoxen Ökonomen damals empfunden wurde, zeigt sich daran, dass auch eine andere Gruppe um den Arbeitskreis Politische Ökonomie 1977 mit einem „Alternativgutachten“ zum Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Wirtschaft an die Öffentlichkeit ging.¹⁰

De-Pluralisierung, das Pensée Unique und die Kraft wirtschaftspolitischer Mythen

Man könnte jetzt annehmen, mit der zunehmenden Pluralisierung der Wirtschaftswissenschaft im Zuge der Gründungswelle von (Reform-)Universitäten hätte sich das Problem allzu einseitiger Politikberatung nach und nach erübrigt. Mitnichten! Und dies wird durch die Tatsache belegt, dass die „Memogruppe“ auch nach über 40 Jahren weiterhin besteht und in jährlicher Regelmäßigkeit ihre Gegengutachten veröffentlicht:

1. Die quantitativ geringe und regional sehr ungleichmäßige Pluralisierung der Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten hat langfristig nicht zu einer regionalen Ausweitung heterodoxer Ansätze in Richtung traditioneller Universitäten geführt, sondern durch institutionelle Anpassungen der Reformuniversitäten zu einer Marginalisierung der heterodoxen Ökonomik.
2. Mit dem quantitativen Rückgang heterodoxer Lehrstühle und Professuren seit den 1990er Jahren geht die zunehmende Verengung wirtschaftstheoretischer Positionen und wirtschaftspolitischer Standpunkte einher, die an deutschen Universitäten vertreten werden.¹¹
3. Performanzstudien¹² haben nicht nur die Netzwerke neoliberaler Wirtschaftswissenschaftler offengelegt, sondern auch deren erdrückende mediale Präsenz gemessen – in ihre Phalanx konnten nur ganz wenige heterodoxe Ökonomen einbrechen, allerdings auch nur auf hinteren Rangplätzen.
4. Schließlich sind heterodoxe Ökonomen nur in sehr geringem Umfang mit institutionellem und symbolischem Kapital ausgestattet worden: also herausgehobenen Positionen in mit Reputation versehenen Organisationen oder Institu-

5 Vgl. L. Arnold: Unabhängige Wirtschaftspolitik. Wissenschaftliche Politikberatung seit 1968 am Beispiel der Fünf Wirtschaftsweisen, Wiesbaden 2010.

6 Vgl. A. Heise, H. Sander, S. Thieme: Das Ende der Heterodoxie? Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland, Wiesbaden 2017.

7 Vgl. W. Meißner, A. Heise: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (WSI), in: O. Schlecht, U. van Suntum (Hrsg.): 30 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Krefeld 1995, S. 65-68.

8 Vgl. N. Potrafke: Minority Positions in the German Council of Economic Experts: A Political Economic Analysis, in: European Journal of Political Economy, 31. Jg. (2013), H. C, S. 180-187.

9 Vgl. R. Hickel: Notwendigkeiten und Möglichkeiten „Alternativer Wirtschaftspolitik“; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 31. Jg. (1980), H. 2, S. 116-130.

10 Vgl. H. Baisch et al.: Die Wirtschaftskrise in der BRD – Eine Auseinandersetzung mit den Analysen des SVR zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Leviathan, H. 2, 1977, S. 157-209.

11 Vgl. B. S. Frey, S. Humbert, F. Schneider: Was denken deutsche Ökonomen?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 8. Jg. (2007), H. 4, S. 59-377.

12 Vgl. A. Heise et al.: ÖkonomInnen und Ökonomie. Eine wissenschaftssoziologische Entwicklungsanalyse zum Verhältnis von ÖkonomInnen und Ökonomie im deutschsprachigen Raum ab 1945, Hamburg und Linz 2015 (Manuskript).

tionen wie z.B. Landeszentralbanken, dem Sachverständigenrat für Wirtschaft, den Wirtschaftsforschungsinstituten oder wissenschaftlichen Beiräten beim Bundesfinanz- oder -wirtschaftsministerium. Dieser Umstand hat(te) durchaus Einfluss auf deren mangelnde mediale Präsenz.

Statt einer Verbreiterung der wirtschaftspolitischen Beratung auf Grundlage pluraler Wissenschaftsangebote müssen wir davon ausgehen, dass die von deutschen universitären Ökonomen vertretene theoretische Basis und wirtschaftspolitische Ausrichtung im Laufe der letzten drei Dekaden deutlich enger geworden ist – es ist also so etwas wie ein „Pensée Unique“ bezüglich wirtschaftspolitischer Konzeptionen entstanden, das eine Reihe kaum hinterfragbarer Mythen, wie dem notwendigen Vorrang für Preisstabilität, einem ausgeglichenen Haushalt als Leitlinie für „solides, nachhaltiges Finanzgebaren“ oder Privatisierungen öffentlicher Güter als Voraussetzung für Effizienz(-steigerungen) hervorgebracht hat. Die Resilienz dieser Mythen zeigt sich darin, dass sie bis heute auch die Anfechtungen überstanden haben, die die Verunsicherungen der jüngsten Weltfinanz- und Eurokrise mit sich brachte.¹³

Je einseitiger aber die wirtschaftspolitische Beratung, je dominanter das Pensée Unique, desto feiner ist das Wahrnehmungsraster, das wirtschaftspolitische Politikangebote passieren müssen¹⁴ – oder anders ausgedrückt: Je homogener die medial verbreitete Ausrichtung des wirtschaftswissenschaftlichen Expertentums, desto geringer ist die Chance, dass alternative Ansätze handlungsmächtig werden können.

Fazit

Plurale Gesellschaften benötigen alternative politische, vor allem auch wirtschaftspolitische Angebote, die den unterschiedlichen materiellen Anforderungen und Präferenzen an gesellschaftliche Zielsetzungen entsprechen. Derartige wirtschaftspolitische Alternativen wiederum lassen sich nur zur Verfügung stellen, wenn die wissenschaftliche Disziplin,

die die grundlegenden Argumente der wirtschaftspolitischen Alternativen liefern muss, wenigstens alternative Annahmesetzungen und methodische Zugänge, besser aber noch alternative ontologische Heuristiken erlaubt. Alternative Annahmesetzungen und methodische Zugänge ermöglichen immerhin Variationen innerhalb eines Paradigmas, die durch ihre verschiedenen Blickwinkel und Zeithorizonte durchaus Raum für wirtschaftspolitische Kontroversen bieten. Alternative ontologische Heuristiken schaffen erst die Grundlage für echte Alternativen sowohl auf der Ebene von kurzfristigen Handlungsprogrammen, wie auch für weiterreichende Fragen der strukturellen und institutionellen Ausgestaltung des Wirtschaftssystems. Dabei ist z.B. daran zu denken, die Vorstellung, dass das zentrale Konstrukt kapitalistischer Ökonomien marktliche Interdependenzen sind, die symmetrische Tauschbeziehungen abbilden, durch Vorstellungen von asymmetrischen Verpflichtungsbeziehungen oder Machtverhältnissen zu ersetzen.

Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der Ökonomik als plurale Sozialwissenschaft und die institutionelle Gewährleistung, dass diese Pluralität im Lehr- und Forschungsbetrieb deutscher Universitäten auch abgebildet wird. Dazu müssen alle ökonomischen Paradigmen, die sich den Anforderungen an deduktive Stringenz und empirische Überprüfung stellen, mit ökonomischem (Professuren, Mitarbeitern, Zugang zu öffentlichen Fördermitteln etc.), sozialem (unkompromittierter Zugang zu den Fachjournals und -organisationen der Disziplin) und symbolisch-institutionellem Kapital (wissenschaftlichen Ehrungen, Mitgliedschaften in Beiräten oder dem Sachverständigenrat für Wirtschaft etc.) ausgestattet werden. Die Entwicklung der Disziplin weist während der letzten zwei bis drei Dekaden in genau die entgegengesetzte Richtung. In jüngster Zeit sind erste zarte Pflänzchen eines Umdenkens erkennbar¹⁵ – es wäre wichtig und an der Zeit, wenn auch die Besetzung der nächsten freierwerdenden Plätze im Sachverständigenrat für Wirtschaft dazu genutzt würden, die paradigmatische Pluralität in diesem wichtigen Gremium zu erhöhen.

13 Vgl. P. Mirowski: Never Let a Serious Crisis Go to Waste: How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown, London 2013.

14 Vgl. A. Heise: German Social Democratic Economic Politics in the Light of Agenda Theory; in: Intervention, 2. Jg. (2005), H. 2, S. 131-151.

15 So wurde im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung in Schleswig-Holstein verabredet, eine Professur für plurale Ökonomik einzurichten und an der Universität Duisburg-Essen (allerdings in der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät!) befinden sich gegenwärtig mehrere Professuren mit entsprechender Denomination im Besetzungsprozess.

Title: Not Enough Plurality of Methods and Research Fields in German Economics?

Abstract: The authors discuss the merits of including pluralist methods, theories and paradigms into the traditionally mainstream. They also evaluate the progress made by German faculties in this regard. The pluralism debate is in itself plural. There are numerous international and Germanyspecific dimensions and associated critiques of mainstream economics. Different approaches to economic policy must be organised in a manner which guarantees theoretical and paradigmatic pluralism – on which economic policy proposals ought to be based. Another view focuses on the educational effect and states that the mental frames of economics students are subject to manipulation; the foundation of their thinking is narrowed and recontextualised in an emotionally and politically highly charged semantic environment.

JEL Classification: A11, A12, B41, B50, N01